

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Edward Greindorfer, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die vierteljährliche Periode oder deren Raum 50 Pfg.  
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Soll der Beitrag erhöht werden?

Der Antrag des Verbandsvorstandes, den Beitrag von 50 auf 60 Pf. zu erhöhen, hat eine äußerst lebhaft diskutierte Diskussion hervorgerufen. Das Resultat dieser Diskussion ist jedoch recht merkwürdig. Während die im Verbandsorgan zum Wort gekommenen Kollegen sich fast durchgängig gegen den Antrag des Vorstandes aussprechen und lebhaft für die Einführung von Staffelleistungen eintreten, lassen die Berichte von den Gautagen erkennen, daß dort die Staffelleistungen recht wenig Sympathie gefunden haben und daß, gleich man die auf den einzelnen Gautagen abgegebenen Stimmen zusammen, eine überwältigende Mehrheit für den Antrag des Verbandsvorstandes zustande kommt. Dieses Ergebnis der Aussprache ist aber gar nicht so verwunderlich, wie es auf den ersten Blick erscheint. Es wird verständlich, wenn man berücksichtigt, daß die Zeit für die Diskussion aus Gründen, die wir früher erörtert haben, verhältnismäßig kurz bemessen war. In den Einsendungen an die „Holzarbeiter-Zeitung“ kommen deshalb hauptsächlich die Ansichten einzelner Kollegen zum Ausdruck. Und auch in den Fällen, in welchen die Zuschrift der Niederschlag einer in der Zahlstellenversammlung gepflogenen Diskussion ist, darf angenommen werden, daß in der betreffenden Aussprache nicht alle in Betracht kommenden Gesichtspunkte eine gründliche Würdigung erfahren haben.

Wesentlich anders sind die Beschlüsse der Gautage zu bewerten. Auf den Gautagen ist das Für und Wider eingehend erörtert worden. Mancher Irrtum und manche falsche Auffassung wurde überlegt, und zweifellos ist die Zahl der Gautagsdelegierten nicht klein, die als Gegner einer allgemeinen Beitragserhöhung und Befürworter der Staffelleistungen zum Wort gekommen sind, um dann doch auf Grund der gewonnenen Belehrung die Staffelleistungen abzulehnen und sich für den Antrag des Vorstandes zu erklären. Wir halten es auch keineswegs für ausgeschlossen, daß der eine oder andere von den Kollegen, die in der „Holzarbeiter-Zeitung“ das Wort gegen den Antrag des Vorstandes ergreifen haben, sich einer besseren Belehrung zugänglich erweist. Selbstverständlich haben alle das Beste des Verbandes im Auge, und da wäre nichts üblicher, als sich jeder Erkenntnis zu verschließen, lediglich aus dem Grunde, weil man, vielleicht von irrigen Voraussetzungen ausgehend, bereits eine andere Meinung geäußert hat.

Wir haben in der letzten Zeit wiederholt, und auch schon bei früheren Gelegenheiten die Gründe auseinandergesetzt, die gegen die Einführung von Staffelleistungen in unserem Verbandsorgan sprechen. Wir können deshalb um so leichter darauf verzichten, diese Gründe hier zu wiederholen, als ja in der vom Verbandsvorstand herausgegebenen Broschüre „Klassenbeiträge oder Einheitsbeiträge?“ das gesamte einschlägige Material zusammengefaßt ist. Nur einige wenige Momente, die in der gepflogenen Diskussion zur Sprache kamen, wollen wir hervorheben. Dazu gehört der Gedanke, mit der Einführung von Staffelleistungen den Beitrag für einen Teil der Mitglieder zu ermäßigen. Davon kann im Ernst nicht wohl die Rede sein, nachdem sich der 50 Pf.-Beitrag, der seit dem 1. Juli 1908 erhoben wird, durchaus eingelebt hat. Die Befürchtungen, daß durch die Beitragserhöhung die Werbekraft des Verbandes beeinträchtigt wird, sind gewiß nicht durchaus von der Hand zu weisen. Aber diese Befürchtungen werden sehr übertrieben. Am 1. Juli 1908 wurde der Verbandsbeitrag von 85 auf 50 Pf., also um 15 Pf. wöchentlich erhöht. Der auch damals gefürchtete Rückgang ist aber keineswegs eingetreten. Im Gegenteil! Die Mitgliederzahl stieg von 180 141 am Ende des Jahres 1906 auf 151 717 Ende 1908. Der Rückgang in den Jahren 1907 und 1908 ist ausschließlich auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen, nicht etwa auf die Höhe des Beitrages. Das geht deutlich aus der Tatsache hervor, daß trotz der inzwischen an vielen Orten erfolgten Erhöhung des Lokaltbeitrages die leise Besserung der Geschäftslage, die das Jahr 1909 brachte, ausgereicht hat, den Verlust wieder wettzumachen. War doch die Mitgliederzahl am Jahresabschluss 1909 wieder auf 151 827 gestiegen.

Hierbei ist nicht überflüssig zu betonen, daß es für die Erfüllung der Aufgaben des Verbandes auf die große Mitgliederzahl allein nicht ankommt. Erfolge werden wir nur erzielen, wenn unsere Organisation über eine genügende Kraft verfügt und den entsprechenden finanziellen Rückhalt hat. Wollten wir, um mit großen Mitgliederzahlen paradiere zu können, unseren Beitrag möglichst niedrig ansetzen, dann dürfte sich bald zeigen, daß das eine verfehlte Spekulation war. Die

innere Schwäche der Organisation, die durch den niedrigen Beitrag bedingt ist, wäre der Keim für ihren Ruin.

Um die Verbandskasse zu stärken und dabei eine Beitragserhöhung zu umgehen, sind verschiedene Vorschläge gemacht worden. So weit sich dieselben in der Richtung einer Herabsetzung des Anteils der Lokalkassen bewegen, läßt sich darüber reden. Bei der seit herigen Einrichtung, nach welcher von jedem Beitrag 10 Pf. in die Lokalkasse fließen, ist es in vielen Orten möglich gewesen, Ersparnisse zu machen und Lokalfonds von teilweise recht beträchtlicher Höhe anzusammeln. Wenn es sich ermöglichen läßt, hier einen Ausgleich zu finden, bei welchem die Hauptkasse besser fährt, dann wäre das zu begrüßen. Dagegen muß die Absicht, die Staffelleistung der Unterstützungsfähigkeit nach der Mitgliedschaftsdauer zu beseitigen, entschieden abgelehnt werden. Der Gedanke, die dem Verband gewährte Treue durch erhöhte Unterstützungen zu prämiieren, ist so gesund, daß er unbedingt beibehalten werden muß. Möglicherweise können wir sogar mit der Zeit dazu kommen, diese Einrichtung noch weiter auszubauen.

## Urabstimmung.

Dieser Nummer der Zeitung liegt der Stimmzettel zur Urabstimmung bei. Es ist abzustimmen über den Antrag: den Verbandsbeitrag von 50 Pf. auf 60 Pf. pro Woche zu erhöhen. Nur die männlichen Mitglieder haben abzustimmen. Letzter Tag der Stimmabgabe ist der 23. April.

Auch der Gedanke, die Auszahlung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung zeitweilig einzustellen, wenn die Mittel der Verbandskasse infolge von Lohnkämpfen stark in Anspruch genommen werden, ist durchaus undiskutabel. Wenn unser Statut auch die Bestimmung enthält, daß die in Aussicht gestellten Unterstützungen gezahlt werden können, so handelt es sich hierbei, wie jedermann weiß, nur um eine Formalität, um den bestehenden Befehlen zu genügen. Tatsächlich hat jedes Mitglied die Sicherheit, daß bei Erfüllung der erforderlichen Voraussetzungen die Unterstützungen ebenso zuverlässig erhält, als wenn es ein Lagvarens Recht darauf hätte. Der Verband hat selbst in den schwersten Zeiten alle seine Verpflichtungen prompt erfüllt, und so soll es auch in Zukunft bleiben. Schon der Gedanke an die Möglichkeit, daß es anders sein könnte, muß entschieden zurückgewiesen werden.

Bei den Befürwortern der Staffelleistungen stößt man wiederholt auf die Anschauung, daß auch bei der verschiedenen Beitragshöhe eine entsprechende Staffelleistung der Unterstützungsfähigkeit vermieden werden könne. Diesem Verlangen ist eine gewisse Berechtigung nicht abzuspüren, aber nur bis zu einem bestimmten Grade. Die Grenze, bis zu der man gehen kann, dürfte in dem Antrage des Vorstandes gefunden sein. Danach sollen bei der Annahme des Antrages auf Beitragserhöhung für die Mitglieder aus Branchen mit besonders niedriger Verdiensthöhe in den rückständigen Gegenständen Ausnahmen gemacht werden. Diese Kollegen würden also auch künftig nur 50 Pf. Beitrag zahlen, aber die gleichen Unterstützungen beziehen wie die übrigen, die 60 Pf. zahlen. Die durch den Antrag des Vorstandes getroffene Ausnahme dürfte nicht schwer ins Gewicht fallen, da für sie nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Mitglieder in Betracht kommt. Handelte es sich aber um eine größere Zahl, dann wären Unbilligkeiten unausbleiblich. Es sei daran erinnert, daß bis zum Jahre 1902 die Sätze der Streikunterstützung für den einzelnen Ort vom Vorstand festgesetzt wurden; das bedeutet, daß für den gleichen Beitrag ungleiche Leistungen gewährt wurden. Das Verlangen nach gleichen Leistungen für gleiche Beiträge machte sich aber so ungestüm geltend, daß ihm der Verbandsrat in Mainz gerecht werden mußte. Nehulich würde es gehen, wollte man den angebotenen Wünschen entgegenkommen.

Noch auf ein Moment sei zum Schluß hingewiesen. Aus den Äußerungen in der gegenwärtigen Diskussion klingt es öfters hervor, als handle es sich bei der Frage der Beitragserhöhung um einen, dem Verbandsvorstand zu erweisenden Gefallen. Aber nichts ist irriger als diese Ansicht. Der Vorstand handelt bei dem den Mitgliedern zur

Urabstimmung unterbreiteten Antrag lediglich als Sachwalter des Verbandes. Und der Verband: Das sind die Mitglieder unserer Organisation! Unsere Kollegen, insbesondere in den zurückgebliebenen Orten, müssen die beginnende günstige Konjunktur ausnützen, um ein Stück vorwärts zu kommen. Tatsächlich regt es sich auch in allen Ecken und Enden des Reiches. Aber der Verbandsvorstand muß bei der Streikgenehmigung Zurückhaltung üben mit Rücksicht auf den Stand der Kasse. Wenn er den Mitgliedern empfiehlt, einen höheren Beitrag zu leisten, dann läßt er sich hierbei vornehmlich von dem Wunsch leiten, die Lohnbewegungen in noch stärkerem Maße als bisher schon zu forcieren. Werden durch die Beitragserhöhung der Verbandskasse stärkere Mittel zugeführt, dann kann der Verband auf dem Gebiete der Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Interesse der Kollegen mehr leisten als bisher. Durch eine Ablehnung des Vorstandsantrages würde nicht der Vorstand getroffen, nur unsere Organisation würde dadurch benachteiligt. Denn nicht der Vorstand braucht mehr Geld, sondern der Verband!

Die zur Urabstimmung gestellte Frage hätte auch lauten können: „Soll die Leistungsfähigkeit des Verbandes in der Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen erhalten bleiben?“ Die Antwort, welche die Mitglieder auf diese Frage geben, muß dem Vorstand als Richtschnur für sein weiteres Handeln dienen. Die Ablehnung des Antrages hat zur notwendigen Konsequenz, daß die Lohnbewegungen eingeschränkt werden müssen. Das würde aber den Wünschen der Kollegen zweifellos nicht entsprechen; deren Willen ist offensichtlich darauf gerichtet, in bezug auf Lohnbewegungen mehr geleistet zu sehen als bisher. Dann müssen dem Verband aber auch die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Der innige Zusammenhang der beiden Fragen gibt uns die Gewißheit, daß die Urabstimmung eine große Mehrheit für die Beitragserhöhung zeitigen wird.

## Zum Regierungsentwurf der Reichsversicherungsordnung.

Vor einem Jahre hat das Reichsamt des Innern bekanntlich einen Entwurf der Reichsversicherungsordnung veröffentlicht, um den beteiligten Kreisen Gelegenheit zu geben, zu den Vorschlägen Stellung zu nehmen. Das haben denn auch, namentlich die Arbeiter auf der einen Seite und die Arbeitgeber auf der anderen Seite, gründlich getan. Die Arbeiter im besonderen haben sich nicht damit begnügt, ihre Forderungen vorzutragen, sondern haben sie auch sachgemäß begründet. Daher konnten sie mit gutem Rechte erwarten, daß ihre Verbesserungsvorschläge bei der endgültigen Feststellung des Regierungsentwurfs sorgfältig beachtet werden würden. Das Gegenteil ist aber geschehen.

Die meisten Bestimmungen des Vorentwurfs sind unverändert in den endgültigen Regierungsentwurf übernommen worden. So wird auf einen einheitlichen Aufbau der gesamten Arbeiterversicherung verzichtet. Die Reichsversicherungsordnung wird eine Zusammenfassung der einzelnen Arbeiterversicherungsgesetze sein, im geringen Maße vereinfacht durch eine Reihe gemeinsamer Bestimmungen. Von den letzteren heben wir besonders hervor die über die Versicherungsbehörden: die Versicherungsämter, Oberversicherungsämter und Reichsversicherungsamt sowie Landesversicherungsämter. Der Kreis der versicherungspflichtigen Personen soll nach den Vorschlägen des Vorentwurfs erweitert werden: eine Halbheit, da auch nach dieser Erweiterung nicht alle Lohnarbeiter und ihnen wirtschaftlich gleichstehenden Kleinunternehmer gegen die Folgen der Betriebsunfälle und des Alters und der Invalidität versichert sein werden. Die ungenügenden Leistungen der Unfall-, Invaliden- und der neuen Hinterbliebenenversicherung sollen unverändert bleiben.

Bekanntlich hatten die Arbeiter sich mit ganz besonderem Nachdruck gegen den Vorschlag des Vorentwurfs gewendet, daß ihnen der entscheidende Einfluß auf die Verwaltung der Krankenkassen entziffen werden soll. Diesen wichtigsten Streitpunkt der ganzen Reform suchen die Regierungen als harmlos hinzustellen. In dem Artikel, in dem die Regierungen sich damit abquälen, Stimmung für ihren Entwurf zu machen, heißt es hierüber:

Wie bei der Invalidenversicherung werden auch bei der Krankenversicherung künftig Arbeitnehmer und

Arbeitgeber gleiche Beiträge zahlen. Dafür erhalten beide Gruppen auch gleiches Stimmrecht im Vorstand wie im Ausschuss.

In Wahrheit aber ist das Verhältnis gerade umgekehrt. Für die Regierungen ist entscheidend nicht die Entlastung der Arbeiter, die nach dem jetzigen Gesetz zwei Drittel der Krankenkassenbeiträge bezahlen und in Zukunft nur noch die Hälfte bezahlen sollen. Gegen diese bisherige Bestimmung hat niemand Einspruch erhoben, auch die Arbeiter nicht. Denn die Arbeiter wissen, daß mit jener ungelieblichen „Entlastung“ ihre Entrechtung in bezug auf die Verwaltung der Krankenkassen verknüpft ist. Nach dem geltenden Gesetze wählen die Arbeiter zwei Drittel der Mitglieder des Vorstandes und der Generalversammlung und haben damit die Mehrheit. Diese Mehrheit soll ihnen aber nach dem Entwurf genommen werden dadurch, daß sie nur noch die Hälfte der Mitglieder des Vorstandes und des Ausschusses wählen, und daß in den wichtigsten Angelegenheiten die andere Hälfte, die Vertreter der Unternehmer, mit Hilfe der Aufsichtsbehörden das entscheidende Wort haben soll. Da sich die Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen in jeder Beziehung gut bewährt hat, und die Arbeiter aus der arbeitserföhrlichen Praxis der Berufsgenossenschaften nur zu gut erkannt haben, wie schwer sie durch die Herrschaft der Unternehmer in der Arbeiterversicherung geschädigt werden, deshalb haben sie mit fester Einstimmigkeit auf die ihnen angebotene „Entlastung“ verzichtet und gefordert, daß ihnen ihre Selbstverwaltung erhalten bleibt, und daß alle nachteiligen Beschränkungen ihres Selbstverwaltungsrechts beseitigt werden. Trotzdem haben die verbündeten Regierungen an der geradezu unerhörten Entrechtung der Arbeiter festgehalten.

Dagegen wünschten die Arbeiter, daß die vielen einzelnen Krankenkassen in einem Bezirke zu großen leistungsfähigen Klassen vereinigt und deshalb auch die besonderen Betriebs- und Innungskrankenkassen aufgelöst werden. Die verbündeten Regierungen haben das Gegenteil getan. Im Vorentwurf war vorgeschlagen worden, daß nur solche Betriebskrankenkassen bestehen bleiben, wenn sie dauernd mindestens 250 Mitglieder haben. In dem endgültigen Regierungsentwurf sind Betriebskrankenkassen schon mit 100 Mitgliedern zugelassen.

Und nun erst die Stellung der verbündeten Regierungen zu den Berufsgenossenschaften. Bei den Krankenkassen genügte es ihnen nicht, daß im Vorstande und der Generalversammlung nur ein Drittel der Mitglieder Unternehmer sind, während die übrigen zwei Drittel von den Arbeitern gewählt werden; hier soll den Unternehmern die gleiche Zahl von Vertretern wie den Arbeitern gegeben werden. In den Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung dagegen sind bekanntlich die Unternehmer allein die Herren, die Arbeiter dürfen bei der Verwaltung gar nicht mitreden. Die Folge davon ist, daß die Berufsgenossenschaften nur zu oft in der rückwärtslosesten Weise mit armen verunglückten Arbeitern umspringen. Dies hat schon lange bei den Arbeitern böses Blut gemacht. Deshalb hatte das Reichsamt des Innern in seinem Vorentwurf vorgeschlagen, daß die Arbeiter durch ihre Vertreter wenigstens bei den ersten Feststellungen der Unfallrenten in erster Instanz — wenn auch nur in ganz ungenügender Weise mitwirken, zumal eine Mitwirkung der Arbeitervertreter schon jetzt nach dem geltenden Gesetz bei den späteren Feststellungen der Entschädigung infolge Veränderungen der Verhältnisse vorgeschrieben ist, wenn die Feststellung später als innerhalb der ersten fünf Jahre von der Rechtskraft der ersten Bescheide ab erfolgt. Die Unternehmer aber entrüsteten sich gar gewaltig über die Hinzuziehung von Arbeitervertretern zur ersten Feststellung der Unfallentschädigung, weil dadurch ihre Selbstverwaltung in den Berufsgenossenschaften beschränkt

werden würde. Und dieselben verbündeten Regierungen, die das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in den Krankenkassen gar nicht genug bekämpfen können, fielen den Unternehmern gegenüber um und änderten den Entwurf des Reichsamts des Innern dahin, daß in Zukunft die Berufsgenossenschaften alle Unfallentschädigungen in der ersten Instanz ohne jedes Mitbestimmungsrecht der Arbeiter festsetzen sollen. Die verbündeten Regierungen schreckten also nicht nur vor jedem Schritt vorwärts zurück, sondern machten sogar einen Schritt rückwärts hinter jene Bestimmung des geltenden Gesetzes zurück.

Selbst dort, wo es sich um den Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter handelt, bei der Unfallverhütung, ist der Vorentwurf des Reichsamts des Innern verschlechtert worden. In diesem Entwurf war die Neuerung, daß die Versicherungskämter, zu denen auch Vertreter der Arbeiter gehören, die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften in ihrem Bezirke überwachen und neben den Berufsgenossenschaften fortlaufend darüber wachen können, ob auch wirklich die Unfallverhütungsleistungen der Versicherung dem Gesetze und den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen. Auch hiergegen haben die Unternehmer Einspruch erhoben, und die verbündeten Regierungen haben wirklich die Bestimmungen gestrichen.

Ein sehr bedenklicher Vorschlag des Vorentwurfs war der, daß das Recht auf Unfallrente unter anderem soweit ruhen soll, wie der Verdienst des Verletzten, zusammen mit der Rente, den Betrag übersteigt, den er ohne den Unfall bezogen haben würde, und dabei sollte selbst der vermutete Verdienst berücksichtigt werden, den der Verletzte hätte haben können, wenn er nicht eine angemessene Arbeitsgelegenheit, die ihm die Berufsgenossenschaft geboten hat, ohne triftigen Grund verschmäht hätte. Diese Bestimmung fehlt in dem endgültigen Regierungsentwurf. Sie wäre so schwer durchzuführen gewesen, daß auch die Unternehmer sich gegen eine derartige Maßnahme erklärt haben.

Schließlich ist noch eine Aenderung in dem Rechtsverfahren hervorzuheben. Nach dem geltenden Gesetz steht dem Verletzten gegen die Bescheide der Berufsgenossenschaften die Berufung erst an das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung und dann an das Reichsversicherungsamt und an die Landesversicherungsämter zu. Schon der Vorentwurf hatte das Recht, Berufung an das Reichsversicherungsamt oder an die Landesversicherungsämter einzulegen, sehr eingeschränkt. Das war deshalb für die Versicherten gefährlich, weil ihnen nur eine Berufungsinstantz geblieben wäre, sie also Beweise, die sich vor dem Schiedsgericht als ungenügend erwiesen haben, nicht mehr nachträglich ergänzen und so geltend machen könnten. Hier bringt der letzte Entwurf die Erweiterung, daß die erste Berufung auch in Unfallsachen, ebenso wie schon der erste Entwurf für die Kranken- und Invalidenversicherungssachen vorgeschlagen hatte, an die Versicherungsämter zu richten ist. Dann ist noch immer die Möglichkeit, das Oberversicherungsamt anzurufen, so daß die Versicherten zwei Berufungsinstantzen haben auch in den Fällen, in denen eine Revision an die höhere Instanz nicht mehr zulässig sein sollte.

Im ganzen hat auch der neue Entwurf eine ganze Reihe Bestimmungen, die die Interessen der Arbeiter aufs schwerste schädigen würden. Deshalb muß es die Aufgabe unserer Vertreter sein, alle Kräfte einzusetzen, um es zu erreichen, daß das neue Gesetz noch viel mehr den Interessen der Arbeiter angepaßt wird.

Die große Bedeutung, die dem Gesetzentwurf innewohnt, hat die Generalkommission veranlaßt, auf den 25. April einen Allgemeinen Kongreß aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten Deutschlands nach Berlin zu berufen. Auf diesem Kongreß soll insbe-

sondere gegen die erheblichen Verschlechterungen protestiert werden, welche durch die Reichsversicherungsordnung der Arbeiterschaft zugefügt sind. Der so knapp angelegte Termin für den Kongreß, der es, wie manchen anderen Organisationen, auch unserem Verband nicht gestattet, ordnungsmäßige Wahlen vorzunehmen, ist durch die Dispositionen des Reichstages bedingt. Der Kongreß kann nicht später zusammentreten, wenn er noch einen Einfluß auf die Beratungen der Reichstagskommission ausüben soll. Die Generalkommission beabsichtigt, schon durch die Zusammensetzung des Kongresses zum Ausdruck zu bringen, daß die Arbeiter aller Gewerkschaftsrichtungen in der Beurteilung der Reichsversicherungsordnung einmütig sind. Sie hat deshalb außer den Zentralverbänden auch die Zentralen der Tisch-Druckerschen Gewerksvereine, der christlichen Gewerkschaften und der polnischen Berufsvereinigungen eingeladen. Dieser Arbeiterkongreß wird also eine imposante Demonstration werden und Regierung und Reichstag werden an dem dort bekundeten Willen der Arbeiterschaft nicht gleichgültig vorübergehen können.

Stimmen zum Verbandstag.

Die Konferenz des Bundes Düsseldorf lehnte die Einführung von Staffelbeiträgen mit allen gegen fünf Stimmen ab. Die Erhöhung des Verbandsbeitrages auf 60 Pf. wurde einstimmig gutgeheißen.

Der Saaltag in Frankfurt a. M. hat sich mit 40 gegen 25 Stimmen gegen Staffelbeiträge ausgesprochen. Der Antrag des Vorstandes auf Beitragsverhöhung wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Bei der gegenwärtigen Diskussion verdient als eine besondere Eigentümlichkeit hervorgehoben zu werden, daß der Wunsch nach Klassenbeiträgen nicht ausschließlich aus den zurückgebliebenen Gegenden laut wurde, sondern daß der Antrag auch aus Bohlstellen kam, die eine bessere Entlohnung zu verzeichnen haben. Der Grund hierfür dürfte darin zu suchen sein, daß es weniger im Interesse der Bohlstelle selbst, als eben im Interesse derjenigen Sachlichen unseres Berufes geschah, die nicht imstande sind, den jetzigen Verbandsbeitrag zu zahlen. Durch die Herausgabe der Broschüre: „Klassenbeiträge oder Einheitsbeitrag“ hat der Vorstand die Verantwortung der vorliegenden Frage wesentlich erleichtert. Und zwar können sowohl Gegner als Befürworter der Klassenbeiträge aus dieser Broschüre Nutzen ziehen.

Als auf dem Verbandstag in Mainz im Jahre 1902 der Antrag eingebracht wurde, jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren den weiblichen gleichzustellen, wurde dieser Antrag unter Hinweis auf die verwaltungstechnischen Schwierigkeiten abgelehnt. Aber schon auf dem Verbandstag in Köln waren diese verwaltungstechnischen Schwierigkeiten nicht mehr vorhanden, und der Antrag wurde angenommen. Hiermit war schon das starre System der einheitlichen Beitragszahlung durchbrochen. Und auch in der vorbezeichneten Broschüre wird zugegeben, daß der jetzige Modus der Beitragszahlung durchaus nicht den Idealfall darstellt. Betrachten wir nun etwas näher die Verhältnisse der einzelnen Gaudorfer, so zieht sich wie ein roter Faden die Erkenntnis durch, Klassenbeiträge würden unserer Organisation nur zum Vorteil gereichen. Am deutlichsten bringt diese Ansicht Kollege Thielemann zum Ausdruck. Der Vorstand gibt in der Broschüre weiter der Ansicht Ausdruck, daß jeder 60 Pf. zahlen kann. Ohne dem Vorstand besondere schlechte Eigenschaften zu unterstellen, möchte ich doch der Vermutung Raum geben, daß er infolge langjähriger Tätigkeit als Verbandsvorstand nicht mehr in die Lage gekommen ist, persönlich Agitation unter den schlechtbezahlten Arbeitern unseres Berufes zu betreiben, und daß er im Laufe der Zeit den tatsächlichen Lebensverhältnissen dieser Kollegen in gewissem Sinne entfremdet ist. Wer Gelegenheit gehabt hat, in die Höhlenwohnungen kann man es nicht nennen — dieser Kollegen einzudringen, wenn man sieht, wie das Geld aus

Urabstimmung.

Urabstimmung! Das ist der Appell an das Volk, in unserem Falle an die Mitglieder des Verbandes. Wenn in einem parlamentarisch regierten Staatswesen in einer besonders wichtigen Frage sich keine Übereinstimmung zwischen dem Parlament und der Regierung ergibt, dann ruft diese das Volk zur Entscheidung an. Es werden dann Neuwahlen veranstaltet, die naturgemäß unter der Parole der vorliegenden Streitfrage vor sich gehen.

In der freien Schweiz ist das Mitbestimmungsrecht der Staatsbürger sogar soweit ausgebaut, daß unter bestimmten Voraussetzungen ganze Gesetzentwürfe der Entscheidung aller Bürger unterbreitet werden. Wir in Deutschland kennen solche politischen Urabstimmungen nicht anders, als in Form der Wahlen und auch da kann von einer Mitwirkung der Bürger nur dort geredet werden, wo ein gleiches Wahlrecht auch jede einzelne Stimme zur vollen Geltung kommen läßt.

Anders in den Gewerkschaften, besonders in unserem Verband. Hier stehen die Mitglieder einander überall als gleichberechtigte Faktoren gegenüber. Es ist daher begreiflich, daß unser Statut die Urabstimmung vorsieht, um bei wichtigen Anlässen die Meinung aller Mitglieder zu hören. Das gilt insbesondere dann, wenn die Leistungen und damit auch die Rechte der Mitglieder eine Erweiterung erfahren sollen.

Vorstand und Ausschuss haben das Recht, Urabstimmungen zu veranlassen, wenn Statutenänderungen durch das Gesetz bedingt werden, oder im Interesse des Verbandes rasam erscheinen. Ein solcher Fall liegt jetzt vor. Der Verband hat eine große Tarifbewegung voll wechselnder Ereignisse hinter sich. Oft schien der Ausbruch eines riesigen Kampfes in greifbare Nähe gerückt. Wenn es nicht dazu kam, so deshalb, weil die Ausrüstung und Organisation der deutschen Holzarbeiter einen Erfolg der Unternehmer zum mindesten zweifelhaft erscheinen ließ.

Nun ist aber noch nicht aller Tage Abend; diese Tarif-erneuerungen werden sich alljährlich wiederholen. Daneben aber verlangen Tausende von Kollegen in Nichtertragsorten mit Recht, daß der Verband sich auch ihrer annimmt, wie dies ja auch seither geschehen ist. Die Einnahmen des Verbandes stecken aber seiner Tätigkeit eine bestimmte Grenze, die der Vorstand, der die Lohnbewegungen leitet, gut oder böse innehalten muß. Der Zweck der gegenwärtigen Urabstimmung ist es nun, den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, zu entscheiden, ob sie bereit sind, ein geringes Opfer zu bringen, um dafür eine schnellere Erfüllung ihrer Wünsche einzutauschen.

Es ist nicht das erstemal, daß der Verband die Entscheidung aller Mitglieder anruft. Als im Jahre 1898 die Lohnbewegungen recht lebhaft einsetzten und insbesondere der große Stuhlarbeitersreiß in Lauterberg Summen verschlang, die für die damaligen Verhältnisse riesig waren, beantragten Vorstand und Ausschuss, neben dem derzeitigen 15 Pf.-Wochenbeitrag ein Vierteljahr lang 10 Pf. extra zu erheben. Damals erklärten sich 92 Prozent der Abstimmenden für den Extrabeitrag. Aus den Mitgliederkreisen selbst wurde sodann der Vorstand gedrängt, im Dezember 1898 eine weitere Urabstimmung über die dauernde Erhöhung des Beitrages auf 20 Pf. vorzunehmen. Von 23 196 Abstimmenden votierten 14 888 für diese Erhöhung.

Dann hat im Jahre 1900 eine Urabstimmung über den Beschluß des Nürnberger Verbandstages, den ordentlichen Beitrag auf 25 Pf. zu erhöhen, stattgefunden, weil das damals geltende Statut hierfür allgemein eine Urabstimmung vorschah. Diesmal stimmten sechs Siebentel für die Erhöhung. In Nürnberg war aber auch beschlossen worden, vor dem nächsten Verbandstag die Mitglieder um die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und die dadurch bedingte Erhöhung des Beitrages auf 35 Pf. zu befragen. Von 48 044 Abstimmenden stimmten 24 907 Mitglieder für Arbeitslosenunter-

stützung und 24 511 für 35 Pf. Beide Anträge hatten somit die Mehrheit. Der Verbandstag in Mainz konnte auf Grund dieser Unterlagen getrost den Neuerungen zustimmen. In der Folge hat es sich gezeigt, wie ungeheuer segensreich gerade dieser Beschluß von 1900 war. Wo waren unsere Ertragschaften in den letzten Krisenjahren geblieben, wenn nicht die Arbeitslosenunterstützung die Widerstandskraft unserer Kollegen so bedeutend gestärkt hätte?

Nun sollen wir wieder abstimmen! In dieser Nummer der Zeitung finden die Mitglieder den Stimmzettel. Wer wollte da zurücksehen? Es gilt das Rechte aber auch der Pflicht eines Mitgliedes sich bewußt zu sein.

So wird denn diese Woche im Zeichen der Abstimmung stehen. Geredet und geschrieben ist genug, es gilt zu handeln. Die Stimmzettel werden ausgefüllt, ein jeder sorgt dafür, daß sie spätestens am 23. April in die Hände der Ortsverwaltung gelangen. Wo die örtliche Legation gut ist, macht dies keine Schwierigkeiten. Wo aber der Stimmzettel nicht abgefordert wird, macht sich der Einzelne auf die Socken und bringt ihn selbst hin. Die Sache ist den Weg wert. Wer seine Stimme nicht rechtzeitig abgibt, darf sich hernach nicht beklagen, wenn ihm die entstandenen Beschlüsse nicht gefallen. Wer aber von seinem Rechte Gebrauch gemacht hat, und dabei in der Minderheit bleibt, wird natürlich trotzdem den Mehrheitsbeschluß respektieren.

Alle bisherigen Urabstimmungen haben eine Mehrheit für die vorliegenden Anträge gebracht. Daran ist auch diesmal nicht zu zweifeln. Aber das genügt nicht. Der Einzelne ist sich diesmal des Eindruckes wohl bewußt, den es auf die eigene Kraft und auf Außenstehende machen wird, wenn wir berichten können, fast alle Mitglieder haben sich an der Abstimmung beteiligt und haben den Willen bekundet, dem ersten Erfolg dieses Jahres dauernd weitere anzufügen. Es gilt unsere Existenzbedingungen zu verbessern; da wird keiner abseits stehen wollen.

### Warnung vor Suzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verhandlungsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist ferngehalten von:
- Lischern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Georgswalde in Böhmen, Herrischdorf (Gehr. Wallfisch), Beer in Ostfriesland (C. F. Neuter), Diegnitz (Fritsch u. Co.), Kraß bei Essen (Schmann), Böbau (Pianosfabrik Förster), Wenden i. Westf. (A. Schmidt), Oberneubrunn i. Thür., Rabenan (Wachmann), Ruffenhäuser, Sorgen-Glarus und Montreux (Firma Albert Feld) in der Schweiz.
  - Korbmachern nach Knetzenbroda.
  - Drehslern nach Knetzenbroda, Stargard i. Pommern (Mehrholtz).
  - Klaviermachern nach Böbau i. S. und Georgswalde in Böhmen (Förster), Rürich (Rohrbach u. Co.).
  - Stellmachern und Wagenbauern nach Berlin-Charlottenburg (Koswagenfabrik W. Leuschner vormals Mühlstein), Eisenach (Pflinger vorm. Walzer), München (Automobilfabrik Weißbarth).
  - Partiellegen nach München.

allen Jagen schaut, dann gehört tatsächlich ein gewisser Mut dazu, diesen Kollegen noch 60 Pf. für seine Organisation abzuverlangen. Für die Zukunft sollen es gar 60 Pf. sein.

Nun hat auch unser Gauvorsteher, Kollege Sidfeld, auf dem Steitiner Verbandstag sich gegen die Staffelleitträge ausgesprochen, und zwar mit der Begründung, daß im Erzgebirge, wo doch durchgängig die Glendindustrien zu Hause, der Metallarbeiterverband mit seinem 60 Pf.-Beitrag bessere Fortschritte macht, als wir mit 50 Pf. Ich meine, unzulänglichlicher könnte wohl eine Begründung nicht ausfallen. Es ist doch eine allbekannte Tatsache, daß es auch in den Glendbezirken einige Orte gibt, wo bestimmte Branchen einen annehmbaren Verdienst erzielen, und daß diese Kollegen den Weg zu ihrer Organisation eher finden, liegt in der Natur der Sache. Wenn nun der Metallarbeiterverband gerade in den betreffenden Orten bessere Fortschritte gemacht hat als wir, trotz seiner 60 Pf.-Beiträge, so dürfte wohl die Höhe des Beitrages die allernachschuldigste Ursache dazu gewesen sein. Auch in der Broschüre wird gesagt, daß der Metallarbeiterverband die einzige Organisation ist, die der unseren vergleichbar wäre. Ja, wo steht denn der Metallarbeiterverband mit seinen 675 000 Mitgliedern. Nach der letzten Abrechnung war er in 448 Zahlstellen vertreten. Das Gros seiner Mitglieder steht in den großen Städten, und auch dort sind seine Berufs Kollegen zum großen Teil kaum zu 40 bis 60 Proz. organisiert.

Ich kenne auch hier im Osten, wo wahrlich nicht das Colorado für Arbeiter zu suchen ist, eine ganze Reihe von Orten, wo eine blühende Eisenindustrie vorhanden ist, aber dem Metallarbeiterverband ist es bisher nicht gelungen, auch nur ein einziges Mitglied zu gewinnen, trotzdem es allgemein bekannt ist, daß der Verdienst der Metallarbeiter durchgängig ein höherer ist als der der Holzarbeiter. Wenn nun auch in einer der letzten Nummern der „Holzarbeiter-Zeitung“ gesagt wurde, daß gerade die erhöhten Beiträge den Zustrom neuer Mitglieder bewirkt hätten, und daß darin ein besonderer Anreiz zur Erwerbung der Mitgliedschaft zu suchen sei, so dürfte diese Auffassung sicherlich bei einem großen Teile der Mitglieder auf heftigen Widerspruch stoßen. Nicht die Erhöhung der Beiträge, sondern allgemeine Ursachen haben den Fortschritt unserer Organisation bewirkt. Es ist auch manchmal schon von autoritativer Seite gesagt, daß wir diejenigen Kollegen, die leichter zu organisieren waren, für uns gewonnen haben, und daß für die Zukunft die Entwicklung unserer Organisation in weit langsamerem Tempo als bisher vor sich gehen dürfte. Mit dieser Erkenntnis ist uns aber auch zugleich die Verpflichtung auferlegt, bei allen unseren künftigen zu treffenden Maßnahmen darauf Rücksicht zu nehmen, daß wir die Agitationsarbeit in denjenigen Bevölkerungsschichten, die bisher infolge ihrer Klassenlage den Weg zu uns nicht gefunden haben, nicht in ungehörter Weise erschweren.

Es wird weiter gesagt, daß wir nicht in niedrigen Beiträgen das Zauberwort der Werbekraft betrachten können. Ich will hier nicht untersuchen, inwieweit das zutrifft. Aber darüber sind wir wohl alle einer Meinung; wenn wir vor 8 Jahren mit einem 60 Pf.-Beitrag unseren Kollegen gekommen wären, dann wären wir wohl nicht das geworden, was wir heute sind. Jeder Fußtritt gewerkschaftlichen Bodens mußte erkämpft werden. Und in den schlecht entlohnten Gegenden liegt die Sache heute noch genau so. Geben wir den Leuten durch Schaffung einer niedrigen Beitragsklasse die Möglichkeit, sich uns anzuschließen, so werden auch manch andere Klagen verstummen. Erst mit der größeren Festigung und Entwicklung des Verbandes war auch die Möglichkeit gegeben, sich mit den zurückgebliebenen Gegenden in intensiverer Weise zu beschäftigen. Haben nun aber die jetzt bessergestellten Kollegen im Laufe der Jahre und bis auf den heutigen Tag ihre Löhne um 80 bis 40 Proz. steigern können, so sind sie auch in die Lage versetzt worden, einen höheren Beitrag zu zahlen als früher. Aber daß wir von den Kollegen, die heute noch genau unter solchen elenden Verhältnissen vegetieren als vor zehn Jahren, denselben Beitrag verlangen sollen als von den prozentual bedeutend

\*) Dieser Widerspruch dürfte wahrscheinlich weniger heftig ausfallen, wenn die Kollegen, die gegen die „Holzarbeiter-Zeitung“ polemisierten, den fraglichen Artikel („Die Beitragsfrage“ in Nr. 11) aufmerksam lesen. Der oben ausgesprochene Gedanke ist nämlich in dem Artikel gar nicht enthalten. (Red.)

bessergestellten, ist ein Zustand, der auf die Dauer nicht haltbar ist.

Und wenn betont wird, daß wir in den zurückgebliebenen Gegenden mit einem niedrigen Beitrag doch nichts erreichen würden, so ist ja der Versuch dazu noch nicht gemacht worden. Lieberbestimmend geht auch aus den Verträgen der Gauvorsteher hervor, daß eine allgemeine Beitragserhöhung nicht durchführbar ist. Wir hätten bei der Frage der Beitragsstaffelung vorerst zwei Klassen im Auge, und zwar bis 17 M.: 85 Pf., über 17 M.: 60 Pf., die Unterstufungsfälle in der ersten Klasse dementsprechend berücksichtigen. Wer durch besondere Umstände in der Lage ist, den erhöhten Beitrag zu zahlen, dem soll gestattet sein, in die höhere Klasse einzutreten. Die Verwaltungsschwierigkeiten sind bei einer solchen Staffelung nicht so groß, als daß die Geschäfte nicht etwa von den bisherigen Verwaltungsmittgliedern erledigt werden könnten. Die Beitragserhöhung wird wohl bei dem größten Teil der Mitglieder keine freundliche Stimmung auslösen. Wir sind nachgerade von einem Verbandstag zum anderen mit diesem Präzident beglückt worden. Ich will an dieser Stelle nicht untersuchen, ob wirklich zwingende Gründe für eine Erhöhung des Beitrages vorhanden sind. Aber vor der großen Lohnbewegung hieß es: unsere Klassen sind völlig intakt. Jetzt, da die verflochtene Tarifbewegung keine besonderen Anforderungen an die Verbandsklasse gestellt hat, und noch ein erkleckliches Sümmchen durch die Extrabeiträge zugekommen ist, sind unsere Klassen erst recht intakt. Gewiß hat sich die Opferwilligkeit unserer Kollegen auch bei dieser Gelegenheit in glänzender Weise betätigt. Ob das aber ein Grund mehr sein soll, aus dem Extrabeitrag einen fortlaufenden erhöhten Verbandsbeitrag zu machen, möchte ich billig bezweifeln. Auch bei unseren Kollegen hat die wirtschaftliche Krise sichtbare Spuren ihrer verheerenden Wirkung hinterlassen, und wenn trotzdem der Extrabeitrag gezahlt wurde, so geschah es unter Hintansetzung mancher persönlicher Bedürfnisse. Gangbarer wäre schon immer der Weg, den Anteil der Lokalklassen auf 10 Proz. herabzusetzen. Rechnen wir einmal mit rund 150 000 Mitgliedern, und diese zahlen durchschnittlich 40 Wochenbeiträge à 5 Pf. mehr an die Hauptklasse, so macht dieses die Summe von 300 000 M. aus; es könnte sich auch diese Summe sehr leicht um 50 000 M. erhöhen. Nimmt der Verbandstag den Antrag auf Massenbeiträge nicht an, dann kann die Ausgabe für Agitation in den zurückgebliebenen Gegenden gespart werden, das macht, gelinde gerechnet, auch 50 000 M. aus, so hätte die Verbandsklasse eine Mehreinnahme von rund 400 000 M., ohne dem irgendwie eine Ausgabe gegenüberzustellen. Wenn nun auch schon zwei Gantage den Antrag auf Erhöhung der Beiträge angenommen haben, so spiegeln diese noch lange nicht den Willen der großen Zahl der übrigen Verbandsmitglieder wider. Wägen die Beschlüsse, die der kommende Verbandstag in diesen beiden Fragen fassen wird, ausfallen wie sie wollen; wir haben das Vertrauen zu ihm, daß er bei allen seinen Entschlüssen von den besten Beweggründen geleitet sein wird.

Heinrich Trinowitz, Elbing.

Der Vorstand stellt den Antrag auf Einführung des 60 Pf.-Beitrages, ohne die Konsequenz zu bedenken, welche die Erhöhung für die Entwicklung unseres Verbandes hat. Wenn in Nr. 14 unserer Zeitung geschrieben wird, die Prophezeiung, daß die Erhöhung der Beiträge einen Rückgang der Mitgliederzahl zur Folge hätte, habe sich stets als irrig erwiesen, so trifft das nicht zu. Ist seit Einführung des 60 Pf.-Beitrages ein größerer Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen? Kollege Pappe schrieb in seinem Jahresbericht 1908 noch als Gauvorsteher, daß die Agitation unter der Beitragserhöhung außerordentlich gelitten habe. Das war bei Einführung des 60 Pf.-Beitrages. Wie wird das erst bei 80 Pf. sein? Da stimme ich den Ausführungen des Kollegen Gyner-Verlin in der Broschüre über Massenbeiträge, Seite 10, zu; die Erhöhung auf 80 Pf. wird gerade dort, wo noch erhebliche Erfolge durch die Agitation zu erzielen wären, solche unmöglich machen. Ginz kommt noch, daß in den Orten mit niedrigen Verdiensten ein Mitgliederverlust zu verzeichnen sein wird, und daß unsere Konkurrenzorganisationen wie Transport- und Fabrikarbeiterverband, größeren Eingang in der Holzindustrie finden würden. Die Zahl der organisierten Kollegen in den größeren Industriestädten hat so ziemlich ihre Grenze erreicht; die Laufende, die uns noch fernstehen, liegen in den zurückgebliebenen Städten und hauptsächlich auf dem Lande. Es wird bei der Beitragsfrage so gerne abgehoben auf die Schollenbestitzer. Ich gebe ohne weiteres zu, daß die Arbeiter vom Lande, die in den Städten arbeiten und mit denselben Löhnen entlohnt werden, die Beiträge bezahlen können. Mit diesem Argumente soll man nicht immer kommen. Wie einer so wichtigen Frage muß mit dem Gros der Indifferenten gerechnet werden. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß man die Arbeiter auf dem Lande anders behandeln muß, als die in den Städten. So extrem kann man da nicht vorgehen, man muß sich in die traurige Lage dieser Arbeiter hineinversetzen. In Kuppenheim erklärte mir ein Sägearbeiter in einer Versammlung, daß er in elf Stunden 2,10 M. verdiene. Bei solcher Entlohnung ist es ungerecht, einen Beitrag von 60 Pf. zu verlangen. Es kann auch ohne Hebertreibung gesagt werden, daß es Arbeiter in den Glendindustrien gibt, die nicht besser entlohnt werden, als mancher Arbeiter. Seit einigen Jahren stehe ich auf dem Standpunkt: Einführung fakultativer Massenbeiträge und Selbstbestimmung. Drei Klassen halte ich für genügend: erste Klasse 70 Pf. und zweite Klasse 55 Pf. Von diesen Beiträgen verbleiben 10 Pf. am Orte. Unsere Statistik weist 90 000 Mitglieder auf, die 70 Pf. und höhere Beiträge bezahlen können. So kann in der ersten Klasse bei Einführung von 80 Pf. an die Hauptklasse eine kleine Steigerung der jetzigen Unterstufungen gewährt und dabei die Klasse finanziell gestärkt werden. Für die Unterstufungsfälle in der zweiten Klasse können die jetzigen Fälle bestehen bleiben. Dadurch würde pro Mitglied 8 Pf. mehr an die Klasse als bisher abgeliefert. In der dritten Klasse wäre der Beitrag auf 40 Pf. festzusetzen. Zur Bestreitung der örtlichen Verwaltungskosten würden in dieser Klasse 5 Pf. genügen, da die Ausgaben in diesen Zahlstellen nicht so enorm sind, wie in den größeren. Es

bleiben somit 35 Pf. Vollbeitrag für die Klasse. Um die Klasse finanziell zu stärken, könnte man eine kleine Reduzierung der jetzigen Unterstufungen vorsehen, z. B. die Streikunterstützung auf 8-10 M. pro Woche festsetzen. Mancher Arbeiter in den Glendindustrien bekommt auch nicht mehr Krankengeld. Die Leistungen für diese Mitglieder wären noch keine schlechten. Weiter kommt in Betracht, daß sich dieser Klasse speziell die schlechtbezahlten Berufe anschließen würden. Einzelne dieser Berufe werden bei eintretender Depression von einer Arbeitslosigkeit weniger betroffen, auch läme die Reiseunterstützung wenig in Betracht. Es würde da mehr die Kranken- und Streikunterstützung in Frage kommen. Unser Finanzminister würde bei Einführung dieser Klasse nicht schlecht abschneiden. Durch die Einführung dieser drei Klassen können die großen Zahlstellen immer noch Lokalbeiträge erheben und, was speziell für sie in Betracht kommt, Zuschüsse zur Streikunterstützung gewähren. Daß durch die Einführung der Klassenbeiträge die Arbeiten im Verbandsbureau sich etwas vermehren, gebe ich zu, aber undurchführbar sind sie nicht. Es wird da Zahlstellen geben, wo eine, höchstens zwei Klassen in Frage kommen. Unser Zahlstellenassessor werde so viel Intelligenz besitzen, um die Abrechnungen richtig auszuführen. Ich bin schon drei Jahre Kassierer der hiesigen Zahlstelle des deutschen Tabakarbeiterverbandes, so schwierig sind die Abrechnungen nicht. Bei erstem Willen werden sich auch die technischen Schwierigkeiten überwinden lassen. Auch über die Selbstbestimmung gehen die Meinungen auseinander. In der Broschüre sind einige Verbände angeführt, die damit keine gute Erfahrung gemacht haben, dieselben können aber für unseren Verband nicht als Nachschür dienen. Das Mitglied soll sich nach Ueberzeugung in die Klasse einschäken. So viel Idealismus haben unsere Kollegen, die in einem Tarifverhältnis stehen und alle zwei Jahre gewärtig sind, in einen Lohnkampf zu treten, daß sie nicht so töricht sind und sich in die niederste Klasse einschäken. Man soll so weitsichtig sein und heute schon einsehen, daß wir mit dem 60 Pf.-Beitrag nicht am Ende angelangt sind. Es werden keine zwei Verbandstage vorübergehen und wir stehen wieder vor der Beitragsfrage, die Beiträge vielleicht auf 70 und 80 Pf. zu erhöhen. Die wirtschaftlichen Kämpfe und Verhältnisse bringen die Notwendigkeit mit sich. Und was wird dann mit dem Einheitsbeitrag? Die Lohnverhältnisse in den Glendindustrien werden in dieser kurzen Frist nicht so rapid steigen, daß die Arbeiter einen weiter erhöhten Beitrag zahlen können. Wenn auf dem Verbandstage in München eine Verringerung vorgenommen wird, dann soll man kein Mißwert schaffen, sondern eine Reform, die die Gewähr gibt für eine Weiterentwicklung des Verbandes.

Julius Kapp, Baden-Baden.

Unsere Beiträge haben eine ziemlich hohe Höhe erreicht, zwar nicht für die Kollegen, welche in Großstädten und gut entlohten Gegenden arbeiten, und darum ist es auch erklärlich, wenn diese Kollegen gegen Einführung von Massenbeiträgen sind. Aber im Interesse der kleinen und mittleren Zahlstellen ist es notwendig, Staffelleitträge einzuführen. Auch steht uns noch eine große Anzahl indifferenten Kollegen gegenüber, und zwar in Gegenden, welche nicht zu den besten entlohnten gehören. Der Hauptvorstand fordert zu lebhafter Agitation auf, aber er mühte doch selbst einsehen, daß man keine Kollegen bei einer Beitragshöhe von 70 Pf. pro Woche, wie sie die meisten Zahlstellen nach Annahme der Erhöhung haben müssen, gewinnen kann. Gegen die Einführung von Staffelleitträgen sind viele Einwände erhoben, aber stichhaltig ist kein einziger. Der Hauptvorstand ist der Ansicht, daß die Massenbeiträge schlecht durchführbar sind. Was jedoch in anderen Zentralverbänden möglich ist, muß auch uns gelingen, denn wo ein Wille, da ist auch ein Weg. Unter den jetzigen teuren Verhältnissen und Lebensmittelpreisen wäre es das Richtige, die ganze Beitragsfrage zu begraben, und wenn die Not an den Mann tritt, Extrabeiträge zu erheben, wie bei der letzten Bewegung. Dann wird sich auch kein Kollege weigern, Opfer zu bringen, da er dann weiß, daß es gilt, für höhere Ziele und Ideale einzutreten. Aber nach der erfolgreichen Beendigung unserer Tarifbewegung der großen Masse unserer Kollegen die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung plausibel zu machen, ist eine schwere und undankbare Aufgabe.

Heinrich Siebers, Dreßler, Gildesheim.

Eine der wichtigsten Entscheidungen auf dem Verbandstag wäre die Frage der Beitragserhöhung, wenn sie nicht durch die vorhergehende Abstimmung, welche die, im § 105 vorgeschriebenen Bestimmungen auf den Kopf stellt, ausgeschaltet würde. Durch sie wird dem Verbandstag, als der obersten Instanz die Möglichkeit genommen, hierüber zu verhandeln, da ja die Frage dann entschieden ist. Unser Hauptvorstand, der ja ein eifriger Verfechter des Einheitsbeitrages ist, gibt in Nr. 14 der „Holzarbeiter-Zeitung“ die Möglichkeit zu, dem Verbandstag die Einführung von Staffelleitträgen zu überlassen, wenn er auch richtig folgert, daß das nicht der Fall sein dürfte, da für eine Staffelung mit einem Grundbeitrag von 60 Pf. kein Delegierter zu haben sein dürfte. Wir sind alle durchdrungen von der Notwendigkeit einer Stärkung unserer Klasse. Welcher Weg hier der richtige ist, muß dahingestellt bleiben, wenn wir bedenken, daß wir mit einem zu hohen Beitrag die Agitation auf dem platten Lande vollständig lahmlegen. Zu unserer heutigen Stärke sind wir aus kleinen Anfängen gekommen und das muß auch unter Leidsamen sein, wenn wir uns in den Glendindustrien Eingang verschaffen wollen. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß wir dort mit einem ganz erheblich niederen Beitrag arbeiten wollen, nein, aber 60 Pf. ist entschieden zu hoch. Ich kann auch nicht verstehen, daß, wenn eine Stärkung unserer Verbandsklasse nötig ist, immer mit einer Beitragserhöhung eine Erhöhung der Unterstufungen einhergeht. Das sollte auf das Entschiedenste bekämpft werden, denn dadurch ersiden wir den Idealismus in unseren Reihen, sind wir doch nicht Unterstufungskasse, sondern Kampfsorganisation. Der einzig richtige Weg ist die Einführung von Staffelleitträgen und stimme ich mit den Ausführungen des Kollegen Gütz überein, die er in der Zeitschrift des Vorstandes äußert.

Fritz Rosenmeier, Lauterbach i. S.

Die Kollegen der hiesigen Zahlstelle stehen einer Erhöhung des Beitrages von 60 auf 80 Pf. unsympathisch gegenüber. Wir bezahlen jetzt 65 Pf. wöchentlich, ein gut Teil der hiesigen Holzarbeiter begreift aber nicht, daß diese Ausgabe im Interesse ihrer Klassenlage notwendig ist, denn es haben fast alle schon dem Verband angehört und lehrten ihm bald wieder den Rücken oder wußten wegen Nichterfüllung ihrer Beitragspflichten gestrichen werden. So kommt die Zahlstelle nicht vorwärts, sechs bis acht Rehnthal der Kollegen stehen abseits, indem sie vor dem Beitragszahlen zurückschrecken. Daß dies besser werden wird, sobald der Beitrag abermals erhöht wird, glaubt von uns niemand, eher dürfte das Gegenteil wahr werden. Darum haben wir uns auch im Januar d. J. zu einer Erhöhung des Beitrages nicht verstehen können, zumal die Geschäftskonjunktur nicht besonders günstig war. Eine Besserung der hiesigen ungesunden Organisationsverhältnisse erwarten die Kollegen nur, wenn der Geschäftsgang ein flotter und eine Anzahl auswärtiger Kollegen ihren Einzug halten. Die einheimischen Holzarbeiter sind besonders rückständig in ihren Anschauungen. Für Nürnberg, Regensburg und Landshut ufm. wird viel lieber Geld geopfert als für die Berufsorganisation. Das Ergebnis der Abstimmung wird ein „Gegen“ sein. Die Kollegen sind bereit, für den Verband zu agitieren, um endlich auch hier einmal einen Erfolg zu verzeichnen zu können. Unsere Versammlungsbesucher zahlen auch gern ihre Beiträge, selber kommt jedoch die große Mehrzahl in keine Versammlung. Was sollen wir also hier anfangen? Alle möglichen Mittel sind schon angewandt worden. Wir müssen also mehr und besser agitieren! Das wollen wir tun, aber keine Beitragserhöhung. Die durch die stärkere Agitation erzielte Vermehrung der Mitglieder würde auch die Verbandskasse kräftigen. Jedemfalls fehlt es uns nicht an wichtigen Vorgängen auf volkswirtschaftlichem Gebiet, die zur Agitation vortrefflich verwendet werden können. Haben wir eine starke Organisation, so haben wir auch eine leistungsfähige Kasse. Das sind die beiden Schlagworte, die hier unter uns die Hauptrolle spielen. Dafür, daß möglichst eine geschlossene Phalanx in allen bedeutsamen Fragen, wie es auch die Beitragsveränderung ist, in die Erscheinung zu treten habe, wie es im Verbandsorgan gewünscht wird, sind wir natürlich auch. Wir wollen die Beitragsfrage jetzt ganz aus dem Spiele lassen, da sie uns nicht dringend ist.

Ortsverwaltung Lüben s. d.

Aus dem Material des Vorstandes zur Beitragsfrage ist zu ersehen, daß dieser den erhöhten Einheitsbeitrag von 10 Pf. für den geeigneten hält. Ob wir aber den meisten unserer Kollegen und damit den Interessen unseres Verbandes dienen werden, ist sehr zu erwägen. Vor zwei Jahren zum Verbandstag ist viel davon die Rede gewesen, dem schlecht entlohnten Kollegen den Beitrag zu ermäßigen, aber nach Ansicht unseres Vorstandes weit gefehlt. Übermal scheint es, daß der Beitrag einheitlich erhöht werden soll, und zwar nach Beurteilung unseres Vorstandes aus technischen Gründen. Demnach müßten alle Steuerzahler zur Staats- und Einkommensteuer einen einheitlichen Beitrag zahlen. Ferner wird betont, daß die meisten Kollegen die Ansicht vertreten, daß, wer mehr zahlt, auch mehr Unterstützung erhalten muß. Diese Ansicht soll angeblich demokratisch sein? Wir haben in unserer Versammlung am 5. März einstimmig beschlossen, daß der Staffelleitrag bei gleicher Unterstützung eingeführt werden soll. Gewiß geben wir zu, daß die Verwaltungen mehr Arbeit bekommen, aber auch das wird zu überwinden sein. Auch kann ich mich dafür nicht erwärmen, den Staffelleitrag bei eventueller Annahme nach Branchen oder Einwohnerzahl zu regeln, da wir auch in kleinen Orten etliche Kollegen haben, welche einen ansehnlichen Lohn verdienen, die sich auch verpflichtet fühlen müßten, einen höheren Beitrag zu zahlen. Kommen wird der Massenbeitrag aber doch, da es nicht für die Dauer anders möglich ist, unsere Finanzen zu erhöhen. Ferner wird auch unser Vorstand zugeben müssen, daß in kleinen Orten die Erhöhungen des Verdienstes mit denen der Beitragsleistungen nicht Schritt halten. Auf Grund dessen ist es doppelt zu wünschen, diese Staffelleiträge bei gleicher Unterstützung einzuführen. Weiter hat uns unser Vorstand in Nr. 12 unserer Zeitung den Antrag unterbreitet, daß bei eventueller Annahme des Wochenbeitrages von 60 Pf. auch die Streikunterstützung erhöht werden soll. Für diesen Antrag kann ich mich nicht erwärmen und möchte alle Kollegen bitten, gegen diesen Antrag zu stimmen. Ich habe das Gefühl, daß unser Vorstand in zwei Jahren wieder kommen wird mit einer Erhöhung der Beiträge, wenn wir die Staffelleiträge nicht einführen.

Hermann Schulze-Zerbst

Die Gründe, die der Vorstand in seiner Denkschrift anführt, die Staffelleiträge nicht einzuführen, sind wohl zu würdigen, aber nicht stichhaltig genug. Der Vorstand führte an, daß wir es doch nicht so machen können, wie die Porzellanarbeiter, die alle Jahre ihren Verdienst angeben müssen, nach dem sie dann in die Beitragsklassen eingereiht werden. Das sind Gründe, mit denen man die Kollegen granlich machen will. Ich glaube, die Krankenkassen hat der Vorstand nicht gewürdigt, denn da werden doch auch Staffelleiträge erhoben. Da doch unsere Organisation auf dem Vertrauensmännerstern aufgebaut ist, ist es ein leichtes, Staffelleiträge einzuführen. Der Vertrauensmann in der Werkstätte weiß, was die Kollegen verdienen; da er auch die Beiträge einliefert, kann er die Kollegen dann in die richtigen Klassen einreihen. Auf dieser Grundlage ließen sich die Staffelleiträge ohne Schwierigkeit einführen. Wir müssen unsere Beiträge so einrichten, daß wir auch in den zurückgebliebenen Gegenden, und dazwischen gibt es noch einen großen Teil, Mitglieder werben können. Denn bei der heutigen Höhe der Beiträge ist es unmöglich, Agitation zu treiben. Deshalb ist es in Hinblick die Beiträge noch weiter zu erhöhen, ohne Einführung der Staffelleiträge. Selbstverständlich brauchen wir tolle Kassen, wenn wir Kämpfe führen wollen, aber deshalb eben müssen wir auch einen Weg suchen, der es auch dem schlechtgestellten Arbeiter möglich macht, sich der Organisation anzuschließen. Daß die Beitragsfrage schon

vor dem Verbandstag durch Abstimmung zur Entscheidung gebracht werden soll, um ein gut Teil Arbeit dem Verbandstag abzunehmen, ist nur ein Schachzug. Deshalb möchte ich den Vorstand ersuchen, ebenso mit der Beitragsfrage auch die Frage der Staffelleiträge zur Abstimmung zu stellen, denn dann würde der Vorstand gleich, wie die Mitglieder darüber denken. Liegt man die Gutachten, die die Hauptvorstände zu der Denkschrift geliefert haben, so muß man zu der Überzeugung kommen, daß die Hauptvorstände es sehr gut einsehen, daß sie mit den hohen Beiträgen keinen rechten Fortschritt machen können. Aber sie wünschen nicht, daß der Beitrag bei Einführung der Staffelleiträge nicht unter 60 Pf. gehen darf. Das kann ich absolut nicht verstehen, daß man auf der einen Seite sich darüber beklagt, daß keine Fortschritte zu machen sind, und auf der anderen Seite an dem hohen Beitrag festhält. Das verstehe, wer will. Wenn wir Staffelleiträge einführen wollen, dann muß auch der Beitrag unter 60 Pf. sein. Ich stehe vollständig auf dem Standpunkt des Kollegen Schleich, daß es nur ein Vorteil für die Organisation wäre, wenn der Verbandstag Staffelleiträge beschließen würde mit einem Mindestbeitrag von 80 Pf.

Sugo Walther, Nizdorf.

Die Abstimmung über die Erhöhung des Beitrages ist wieder ein Appell an die Opferwilligkeit der Kollegen. Wohl ist es klar, daß durch die vielen Unterstützungsbezüge die Kasse stark in Anspruch genommen wird, aber andererseits machen auch die vielen Tarifverträge der Kasse viel zu schaffen, weil durch Kündigung derselben, mag es nun durch die Unternehmer selbst oder den Verband sein, Kämpfe heraufbeschworen werden, die eventuell sehr viel Geld kosten können. Meines Erachtens hat sich der Hauptvorstand durch die Tarifverträge die Hände zu sehr gebunden, und ist es absolut kein Fortschritt, daß dieselben größtenteils an einem Datum ablaufen. Den Unternehmern ist nichts erwünschter, als uns, sobald sie sich genügend gestärkt haben, den Kampf auf der ganzen Front anzubieten. Das haben die letzten Verhandlungen zur Genüge bewiesen, und die Konsequenz hiervon ist, den Beitrag zu erhöhen, damit wir gegen jeden Ansturm gerüstet sind. Wohl bin ich kein Gegner der Beitragsfrage, aber man muß in Betracht ziehen, daß es sehr vielen Kollegen schon jetzt schwer fällt, die 60 Pf. aufzubringen. In vielen Gegenden herrschen zudem noch so traurige Lohnverhältnisse, daß es schwer fällt, Mitglieder für den Verband zu gewinnen.

Der Hauptvorstand gibt selbst zu, daß er in wenigen Monaten mit den Tarifverträgen für 1911 beginnen muß und noch nicht alle von dieser Bewegung erledigt; dadurch hat er eben wenig Zeit, sich mit den anderen Lohnbewegungen der kleinen Orte und Branchen näher zu befassen. Er gibt wohl zu, daß auch bei diesen vonnöten ist, etwas zu schaffen, aber durch die Tarifverträge muß eben viel Rücksicht auf die Kasse genommen werden und infolgedessen wird die berichtigte Preisse in Bewegung gesetzt. Daß nicht alle auf einmal streifen können, ist ja klar, aber man müßte eben gute Verträge zu verlängern suchen, falls das Unternehmertum dieselben nicht kündigt. Dadurch wäre es möglich, mehr wie bisher die kleinen Orte und Branchen zu berücksichtigen. Haben doch die Schreiner und verwandte Berufe schon ganz ansehnliche Erfolge erzielt, wohingegen die Drechsler, Korbmacher und sonstige Berufe noch teilweise ganz erbärmliche Lohnverhältnisse haben. Letzteres ist besonders im Gau Erfurt der Fall, und in diesem spürt man sehr wenig von einer regen Agitation. Habe ich doch selbst in meiner zweijährigen Tätigkeit dahier noch nichts von einer öffentlichen Versammlung gehört, wo doch gerade in Gotha und Umgegend die Spielwarenindustrie heimisch ist. Würde die Agitation hier etwas intensiver betrieben, so glaube ich, wird der Erfolg nicht ausbleiben. Das beste Mittel hierzu wäre eine Staffellung der Beiträge.

Was nun die Kollegen betrifft, welche unter festen Verträgen arbeiten, so möchte ich sie doch dringend bitten, nicht im Eilmarschtempo ihre Verträge verbessern zu suchen, da sie fast durchschnittlich in guter Position stehen, wohingegen die kleinen Orte und Branchen noch so sehr zurück sind. Aber auch den Hauptvorstand möchte ich bitten, sich dem Obengenannten mehr zu widmen. Nur wenn in dieser Richtung gearbeitet wird, dann hat die Beitragsfrage ihren Zweck erfüllt und jeder wird mit freudigem Herzen dazu beitragen, neue Mitglieder dem Verbands zuzuführen.

H. Pentzschel, Georgenthal (Thüringen).

Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Delegierten der großen und größten Zahlstellen, welche bekanntlich die Majorität auf dem Verbandstage haben, gegen Staffelleiträge sind; denn die so viel gepriesene Solidarität verfaßt hier vollständig. Dies soll so viel heißen: daß es den größeren Zahlstellen, oder sagen wir besser denjenigen Zahlstellen, in denen die Kollegen wirtschaftlich besser gestellt sind, nicht einfallen wird, zugunsten der zurückgebliebenen Gegenden einen höheren Beitrag zu entrichten. Und gerade dieses wäre der richtige Weg; denn wenn der Beitrag von 60 auf 80 Pf. erhöht wird, dann ist eine Ausbreitung der Organisation in manchen Gegenden vollständig ausgeschlossen. Wir haben hier in Oberhessen eine ganze Anzahl von Holzgeschäften, welche eine große Zahl von Arbeitern beschäftigen, von denen nur ganz wenige etwas von Organisation wissen. Allein in Alsfeld gibt es vier Arbeitgeber mit circa 800 Mann, von welchen ganze 6 im Holzarbeiterverbande sind. Der gute Wille, dem Verbands beizutreten, ist schon vorhanden; aber ein großer Teil der Leute verdient pro Stunde 20-24 Pfennige. Und dies nur im Sommer und bei guter Konjunktur. Im Winter wird nur 8 1/2 Stunden gearbeitet und womöglich auch der Lohn pro Stunde noch um 1 Pf. gekürzt. Für diese Kategorien von Arbeitern wäre es sicher von großem Nutzen, den Beitrag auf 40 Pf. zu reduzieren und ihn dafür in besseren Zahlstellen dementsprechend zu erhöhen. Aber nicht nur diese Holzplazarbeiter haben solch einen erbärmlichen Lohn, nein, auch viele Schreiner arbeiten noch unter 18 Mk. pro Woche. Dieselben können wohl unmöglich mehr als den jetzigen Beitrag bezahlen. Wenn wir ab Februar den Beitrag erhöht haben, so geschah dies nur in Anbetracht der

Situation im Holzgewerbe. Auch wir wollten nicht hinten an stehen. Aber auf die Dauer ist das für uns unmöglich. Den Delegierten, besonders denjenigen aus den Zahlstellen, wo die Löhne besser sind, möchte ich dringend ans Herz legen, wohl zu bedenken, daß, wenn der Grundbeitrag ins Unerschwingliche gesteigert wird, die Zahlung mit den schlecht entlohnerten Kollegen vollständig verloren geht, was bei Streiks und Ausperrungen und vor allen Dingen in Zeiten, wie wir sie gegenwärtig im Holzgewerbe überstanden haben, sehr verhängnisvoll werden kann.

Karl Wolff, Drechsler, Alsfeld.

Die Meinung der Hauptvorstände in der Denkschrift geht mit Ausnahme einiger dahin, daß Staffelleiträge eingeführt werden müssen, wenn wir noch weitere Fortschritte machen wollen. Aber der Gedanke, die Hauptkasse zu füllen, läßt den Gedanken des weiteren Fortschritts in den Hintergrund treten. In recht eingehendem Gutachten geht der Hauptvorstand von Erfurt auf die Verhältnisse der Spielwarenarbeiter und der Korbmacher in Kaburg-Niedersfeld ein und kommt zu dem Schluß, wenn wir da weiter vordringen wollen, dann müssen wir Staffelleiträge einführen. Doch ist auch er der Ansicht, daß der Grundbeitrag nicht unter 60 Pf. betragen soll. Trotzdem schreibt er in seinem Gutachten: Die Korbmacher sind zur Konkurrenz für ganz Deutschland geworden. Ist nun der Beitrag zu hoch, dann ist es ausgeschlossen, jene Leute zu gewinnen. Sie schrecken sofort zurück und fertigen weiter die Sachen zu den billigen Preisen. Wer bedenkt, welche ungeheure Agitation schon unter den Korbmachern dieses Bezirkes gemacht ist, ohne den gewünschten Erfolg, der wird auch in diesen Worten eine Erklärung finden. Der Beitrag war eben jetzt schon zu hoch, um da Eingang zu finden. Ich glaube nun, daß in Zukunft ein zu hoher Beitrag der Ausbreitungsmöglichkeit der Organisation eine Grenze setzen wird. Und dieses war bisher schon hier der Fall. Die Resultate der Reichstagswahl in diesem Bezirk beweisen, daß diese Kerntzen der Nerven genau wissen, was sie wollen. Andernfalls erbringt dies auch wieder den Beweis, daß ein Beitrag von 60 Pf. zu hoch ist. Denn man kann wohl nicht verlangen, daß ein Kollege mit 6, 9 bis 12 Mk. Lohn die Woche noch 60 Pf. für den Verband zahlen soll. Aus diesen Gründen heraus würde ich einen Staffelleitrag mit dem niedrigsten Satz von 40 Pf. vorschlagen. Von einem Staffelleitrag von 60 Pf. nach oben rate ich auf alle Fälle ab. Denn der ist direkt zwecklos. Wenn wir von dem Gedanken ausgehen wollen, wir brauchen nur volle Kassen, um die Kollegen, welche den hohen Beitrag nicht bezahlen können, können wir uns nicht kümmern, dann brauchen wir nur den Antrag des Vorstandes anzunehmen, den Beitrag auf 60 Pf. zu erhöhen. Die Kollegen, welche jetzt organisiert sind, werden wir schon von der Notwendigkeit einer Beitragsfrage überzeugen können.

Karl Winkler, Berlin.

Wenn man die Staffelleiträge einführt, würde eine höhere Einnahme wohl erzielt werden, als wie augenblicklich bei dem 60 Pf.-Beitrag; rechnet man aber die Ausgabe durch die höhere Unterstützung, die teilweise gefordert wird, und die durch das Verrechnen verschiedener Marken sowie Unterstützungsätze, und der dazu mehr erforderlichen Arbeitskräfte bei den großen Zahlstellen und im Hauptbureau, so verbleibt da nur ein ganz unbedeutender Ueberschuss, welcher den Kampffonds nicht in der Weise stärken würde, wie es sein sollte. Ich kann den Grundbeitrag in Höhe von 60 Pf., wie er in Vorschlag gebracht worden ist, bei Beibehaltung der jetzt bestehenden Kranken-, Arbeitslosen- und Reiseunterstützung nur unterstützen, dagegen müßte die Streikunterstützung eine wesentliche Erhöhung erfahren. Dagegen müßte der § 77 des Statuts einer Veränderung unterzogen werden, denn da heißt es, daß die Zahlstellen zur Verrückung der dort aufgezählten Ausgaben bis zu 20 Proz. der Beiträge verwenden können. Der Paragraph muß dahin geändert werden, daß er heißt: Den Zahlstellen verbleiben zur Verrückung der dort aufgezählten Ausgabe 20 Proz. der Beiträge usw. Dieser prozentuale Anteil muß den Zahlstellen zur Verrückung ihrer Ausgaben voll erhalten bleiben, denn nach meiner Ansicht ist der Hauptvorstand heute noch der Meinung, daß von den 20 Proz. die Zahlstellen noch Kapitalien ansammeln können, es ist aber nicht der Fall.

Bezüglich der einheitlichen Beitragsleistung von 60 Pfennig gebe ich zu, daß es manchen Kollegen schwer fällt, aber sie werden trotzdem das Opfer bringen, weil es gilt den Kampffonds zu stärken in dem Bewußtsein, daß die stärkere Kampffähigkeit des Verbandes auch für sie nutzbringend wirkt.

Friedrich Sonnabend, Leopoldshall-Staffeld.

Nachdem auch vom Leipziger Gau der Antrag des Hauptvorstandes, den Beitrag auf 60 Pf. zu erhöhen, angenommen ist, wird derselbe auch höchstwahrscheinlich durchgehen. Da nun aber in den kleineren Zahlstellen neben dem 60 Pf.-Beitrag nicht noch ein Lokalbeitrag gezahlt werden kann, müssen wir versuchen, die Lokalassen zu entlasten. Dazu mache ich den Vorschlag, die Unterstützung anders zu regeln, damit die Lokalunterstützungen, welche in den kleineren Zahlstellen mit regem Durchgangsverkehr den größten Teil der Lokalmittel beanspruchen, in Fortfall kommen kann. Ich schlage vor: bis zu 18 Wochen Mitgliedchaft wird keine Reiseunterstützung gezahlt. Von der 18. bis 26. Woche 2 Pf. pro Kilometer bis 60 Pf. pro Tag, Höchstbetrag 10 Mk.; von der 26. bis 30. Woche 3 Pf. pro Kilometer bis 75 Pf. pro Tag, Höchstbetrag 15 Mk.; von der 30. bis 52. Woche 4 Pf. pro Kilometer bis 100 Pf. pro Tag, Höchstbetrag 20 Mk.; über 52 bis 104 Wochen 6 Pf. pro Kilometer bis 125 Pf. pro Tag, Höchstbetrag 30 Mk., und so für jede weiteren 52 Wochen um 10 Mk. den Höchstbetrag steigend bis zu 60 Mk. Ich glaube, hierdurch würden wir die Zahlstellen entlasten und auch den sogenannten Auszubehrenden die Möglichkeit nehmen, mehr aus dem Verbands herauszuziehen, als sie hineingezahlt haben. Sollten durch diesen oder einen besseren Vorschlag die kleinen Zahlstellen nicht entlastet werden, so wird manche von der Wildschär verabschiedet werden, was im Interesse des Verbandes sehr zu beklagen wäre; denn fort sind die Mitglieder schnell, aber wir wissen, wie schwer es ist, sie wiederzutreffen.

Fritz Cramer, Reichenbach i. B.

Der Deutsche Holzarbeiterverband ist eine Kampfor-  
ganisation. Bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für seine  
Mitglieder zu schaffen, nötigenfalls zu erkämpfen, ist seine  
wichtigste Aufgabe. Durch die verschiedenen, im übrigen ge-  
wöhnlich sehr segensreichen Unterstützungseinrichtungen, die  
streng genommen, alle mehr oder weniger Agitationsmittel  
sind, wird nun die Masse des Verbandes derart belastet, daß  
die Durchführung der Lohnbewegungen in dem bisherigen,  
gewöhnlich schon bescheidenen Maße in Frage gestellt ist. Da  
nun gewöhnlich kein Kollege eine Einschränkung der Lohn-  
bewegungen wünschen wird, so ist es ganz logisch, daß an  
eine Erhöhung des Beitrages gegangen werden  
muß. Bisher wurden bei großen Lohnbewegungen, durch  
welche die Masse stark in Anspruch genommen wurde, Extrab-  
beiträge in irgendeiner Form erhoben. Ob nun, nach einer  
weiteren Erhöhung des Beitrages, bei künftigen großen  
Lohnbewegungen die Mehrzahl der Mitglieder auch noch gut  
einen Extrabbeitrag zahlen will oder kann, ist billig zu be-  
zweifeln. Um aber auch in diesen Fällen eine Stärkung der  
Verbandskasse möglich zu machen, möchte ich folgenden Vor-  
schlag zur eingehenden Prüfung empfehlen: Der Vorstand  
soll ermächtigt werden, bei vorläufiglichen Zwischenkämpfen  
familiäre statutarische Unterstützungen im ganzen Verband  
aufzuheben und deren Auszahlung einzustellen, bis auf die  
Streik- und Gewahrgeltenunterstützung auf die Dauer der  
schwebenden Differenzen. Diese Maßnahme würde gleich-  
sam eine Mobilisierung des Verbandes auf der ganzen  
Linie sein, sie würde das Interesse des einzelnen zur Be-  
geisterung steigern und schließlich dazu beitragen, den  
Kampfscharakter der Organisation wieder etwas mehr in den  
Vordergrund zu rücken. Für die Kollegen dürfte es doch  
auch leichter sein, einmal auf die ihnen zukommende Unter-  
stützungen zu verzichten, als zu dem erhöhten Beitrag noch  
einen Extrabbeitrag zu zahlen. Dem Unternehmer dürfte  
aber dieser Akt zum mindesten auch imponieren und es wird  
es sich noch einmal überlegen, ob es geraten ist, es mit  
einer Arbeiterschaft aufzunehmen, die gewillt ist, alles daran  
zu setzen, um ihr Ziel zu erreichen.

Franz Steffen-Hechingen.

In den großen Zahlstellen haben die Kollegen dem Antrag  
auf Beitragserhöhung zugestimmt, in den kleinen  
aber nicht es doch wohl anders aus. Bei einem Verdienst  
von 15 bis 18 M. wird ein höherer Beitrag schon schwer  
empfinden. Wollen wir die Lage der Kollegen auf dem  
flachen Lande verbessern, so muß uns die Möglichkeit ge-  
lassen werden, auch neue Mitglieder zu werben. Zu diesem  
Zwecke sollten Staffelleistungen eingeführt werden, wobei  
bessergestellte Orte ihre Solidarität in Gestalt höherer Sätze  
beweisen könnten.

E. Stelmeier-Blomberg.

Obgleich der Antrag in Magdeburg die Erhöhung des  
Beitrages von 50 auf 60 Pf. mit 30 gegen 14 Stimmen be-  
schlossen hat, und obgleich für die kleinen und mittleren  
Orte zur Erringung besserer Lohn- und Arbeits-  
bedingungen etwas getan werden muß, so halte ich  
die Erhöhung des Beitrages doch für bedenklich. Es  
darf nicht nur unsere Hauptaufgabe sein, die uns noch  
Fernstehenden der Organisation zuzuführen, sondern wir  
müssen auch suchen, die jetzt in unseren Reihen  
stehenden Kollegen der Organisation zu erhalten. Wenn  
auch in Nr. 14 der „Holzarbeiter-Zeitung“ geschrieben  
wird: Die Behauptung, daß hohe Beiträge die Agitation  
erschweren und einen Niedergang der Mitgliederzahl zur  
Folge haben, sich stets als irrig erwiesen hat, so möchte  
ich auf die Folgen hinweisen, wenn doch einmal der Fall  
eintreten sollte. Die Kollegen, die uns der Rücken kehren,  
sind schwer wieder für uns zu gewinnen. Haben nun  
viele Tausende von Kollegen mit Hilfe der Organisation  
mit dem seitherigen Beitrag ihre Lage ganz erheblich ver-  
bessern können, so muß auch jetzt ein Weg gefunden werden,  
um die Lage der noch sehr schlecht gestellten Berufsangehörigen  
ebenfalls zu verbessern.

Die Ansichten des Kollegen Holtmann-Eulingen, die  
Kranken- und Arbeitslosenunterstützung gänzlich wieder ab-  
zuschaffen, kann ich nicht teilen, wir können dann rückwärts  
statt vorwärts; denn die vielen Kollegen, die sich wie Spreu  
absonderten, würden wir dann in die Arme der Geber-  
treiben. Wänder unserer Streiks würde dann auch bei  
gestillter Kasse illusorisch werden, denn oftmals ist ein  
Streik verloren gegangen, weil die Stellen durch die In-  
differenzen besetzt wurden. Ich meine aber, die Unter-  
stützungssätze könnten etwas herabgesetzt und die Karenz-  
zeit für Ausgeschickte um 6 Monate verlängert werden,  
auf diese Art könnte der Beitragserhöhung aus dem Wege  
gegangen werden und die Kollegen der Großstädte, die  
größtenteils von der Unterstützungseinrichtung Gebrauch  
machen müssen, könnten auf Grund ihrer Lokalverbände  
und im Interesse der wirtschaftlich schlechter Gestellten, aus  
Solidarität und Idealismus der Sache schon zustimmen.

Rob. Arndt-Sangerhausen.

Wollen wir über die Einführung von Klassen-  
beiträgen oder Einheitsbeiträgen entscheiden, so muß  
unser erste Frage sein: Ist es Arbeitern möglich, welche  
noch in Kost und Logis einen Wochenlohn von  
3 bis 5 M. oder ohne solche von 10 bis  
15 M. erzielen, den erhöhten Verbandsbeitrag zu be-  
zahlen? Mit Recht muß jeder Kollege diese Frage mit  
„Nein“ beantworten. Durch die Einführung des Wochen-  
beitrages nach dem Antrag des Hauptvorstandes wird  
diesen Arbeitern die Möglichkeit genommen, sich unserer  
Organisation anzuschließen. Wir haben dann eine  
Klassenorganisation geschaffen, und über kurz oder lang  
hat nicht bloß der Deutsche Holzarbeiterverband, sondern  
mit ihm die ganze Bewegung darunter zu leiden. Will  
man die schlecht entlohnten Mitglieder von der Leistung  
der 10 Pf., welche für die Lokalkasse bestimmt sind, ent-  
binden, wer wird dann in Zukunft für die Lokal-  
Ausgaben der Zahlstellen aufkommen? Man müßte dann  
die besser bezahlten Kollegen zu höheren Lokalbeiträgen  
heranziehen, was aber große Mißstimmung hervor-  
rufen würde. Der Agitationsleiter der Kollegen wird lah-  
gelegt werden. Ich bin nun der Ansicht, sehen wir den  
Verbandsbeitrag auf 60 Pf. fest, ohne Änderung der bis-  
herigen Unterstützungseinrichtung. Den Arbeitern in den  
Flendengebieten könnten wir den Beitrag dadurch er-

leichtern, daß wir an zweiter Stelle einen Wochenbeitrag  
von 40 Pf. festsetzen, wobei dann diesen Mitgliedern nach  
78 geleisteten Beiträgen das volle Unterstützungsrecht zu-  
steht.  
Otto Sturm-Schrobenhausen.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antrags-  
gemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen  
Lokalbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag  
in diesen Zahlstellen ab 1. April beträgt:

- Anklam 65 Pf., Apertode 70 Pf., Aurich 60 Pf., Ba-  
lingen 60 Pf., Alverach 60 Pf., Wauenburg a. S. 60 Pf.,  
Meiherode 65 Pf., Bretten 65 Pf., Durlach 60 Pf.,  
Dammberg 65 Pf., Durlach 70 Pf., Ebingen 60 Pf.,  
Eilenburg 70 Pf., Eisenberg 70 Pf., Erfurt 70 Pf., Feuer-  
bach 70 Pf., Franz. Buchholz 55 Pf., Freiburg i. Schl.  
60 Pf., Freising 70 Pf., Friedrichshagen 85 Pf., Gelsen-  
kirchen 70 Pf., Geringwalde 65 Pf., Gotha 70 Pf., Greif-  
swald 80 Pf., Grünstadt 65 Pf., Gagen 70 Pf., Hechingen  
60 Pf., Hermsdorf 55 Pf., Hof 70 Pf., Karlsruhe 70 Pf.,  
Kehlra 60 Pf., Königsberg 85 Pf., Königshütte 70 Pf.,  
Kreuzburg 60 Pf., Langensalza 65 Pf., Lindau 70 Pf.,  
Markredwitz 65 Pf., Marne 70 Pf., Meerane 60 Pf., Melle  
60 Pf., Mellenbach 60 Pf., Merseburg 85 Pf., Neu-Rosenburg  
80 Pf., Neu-Strelitz 60 Pf., Offenbach 60 Pf., Oldenburg  
70 Pf., Osnabrück 65 Pf., Osterode a. S. 60 Pf., Osterode  
i. Ospr. 60 Pf., Pirmasens 65 Pf., Prießnis 60 Pf.,  
Reichelsdorf 70 Pf., Rheine 60 Pf., Rumpenheim 65 Pf.,  
Schilberg 60 Pf., Schilbein 60 Pf., Schönwalde 65 Pf.,  
Schwiebus 70 Pf., Sommerfeld 60 Pf., Speyer 65 Pf.,  
Stade 70 Pf., Starzenberg 60 Pf., Strelitz 65 Pf., Suhl  
60 Pf., Sulzbach 60 Pf., Tann 70 Pf., Teerow 60 Pf.,  
Töls 70 Pf., Uetersen 75 Pf., Unna 65 Pf., Waldshut  
65 Pf., Wanne 70 Pf., Wolgast 60 Pf., Wunsiedel 60 Pf.,  
Zehlendorf 85 Pf.

Ab 15. April: Essermerda 60 Pf., Garburg 80 Pf.,  
Soest 60 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungs-  
nummer ist der 16. Wochenbeitrag für das  
laufende Jahr fällig geworden.

Aus Anlaß der gegenwärtigen großen Bewegung im  
Baugewerbe machen wir hierdurch bekannt, daß ein  
Lebertritt von Mitgliedern aus den Verbänden  
der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter zum Deutschen  
Holzarbeiterverband bis zum Abschluß der Bewegung  
nicht gestattet wird.

Die Generalkommission der Gewerkschaften beabsich-  
tigt, einen außerordentlichen Gewerkschafts-  
kongress nach Berlin einzuberufen, welcher zu der  
Reichsversicherungsbauordnung Stellung nehmen  
soll. Dieser Kongress soll wegen der Verhandlungen im  
Reichstag voraussichtlich schon am 25. April zusamen-  
treten. Wegen der Kürze der Zeit und in Rücksicht auf  
unsere Urabstimmung und die Wahlen zum Verbandsstag,  
wodurch eine derart beschleunigte Delegiertenwahl zu dem  
außerordentlichen Gewerkschaftskongress auf direktem Wege  
durch die Mitglieder in den Zahlstellen als geradezu un-  
möglich betrachtet werden mußte, hat der Vorstand seiner-  
seits im Namen des Verbandes die Gauborsteher, einen  
Vertreter der Berliner Lokalverwaltung sowie je einen  
Vertreter des Ausschusses, der Redaktion der „Holz-  
arbeiter-Zeitung“ und des Verbandsvorstandes selbst mit  
der Vertretung der Mitglieder unseres Verbandes auf  
diesem Kongress beauftragt.

- Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren ge-  
meldet und werden hiermit für ungültig erklärt:
- 232118 Otto Dohber, Tischler, geb. 28. 10. 76 zu Berlinchen.
  - 318624 Richard Anders, Polierer, geb. 11. 8. 01 zu Finster-  
walde.
  - 348573 Adolf Schaupp, Drechsler, geb. 15. 6. 77 zu Mal-  
borgehl.
  - 487210 Martin Pfister, Tischler, geb. 13. 4. 02 zu Hel-  
dingsfeld.
  - 461364 Hugo Diebich, Tischler, geb. 12. 8. 79 zu Bromberg.
  - 465629 Paul Bonih, Stellmacher, geb. 25. 2. 02 zu Erzbach.
  - 402107 Gustav Preuß, Tischler, geb. 31. 12. 90 zu Linde-  
rode.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.  
Der Verbandsvorstand.

#### Korrespondenzen.

Berlin. (Modellischer.) Es inserieren eine  
Anzahl Berliner Firmen in auswärtigen Zeitungen nach  
Modellischlern. Wir machen die Kollegen wiederholt  
darauf aufmerksam, daß in Berlin die Arbeitsvermittlung  
nur durch den paritätischen Arbeitsnachweis, Gormann-  
straße 18, erfolgt. Buzzeit haben wir hier durchschnittlich  
zirka 80 arbeitslose Modellischler.

Bunzlau. In der letzten Mitgliederversammlung  
wurde über die Erhöhung der Beiträge diskutiert. Alle  
Kollegen erklärten sich gegen die Erhöhung. Bei den  
jetzigen Beiträgen ist es schon halb unmöglich, neue Mit-  
glieder für den Verband zu gewinnen, da verschiedene Be-  
züge mit Kost und Logis nur 4-6 M. verdienen. Es  
könnte dadurch nur der Fabrikarbeiterverband gewinnen,  
da doch viele ungelernete Arbeiter sich demselben zuwenden  
würden der niedrigen Beiträge wegen. Mit dem Vor-  
schlag des Hauptvorstandes, den Beitrag auf 60 Pf. zu  
erhöhen und Städte mit niedrigem Verdienst auf 50 Pf.  
zu belassen, konnte sich die Versammlung nicht einber-  
standen erklären, da dies doch schon Staffelleistungen be-  
deuten würde.

Darmstadt. Nachdem es der hiesigen Zahlstelle unter  
Opfern an Zeit und Geld gelungen, in Zell i. O. der  
Organisation Eingang zu verschaffen, glaubte der Besitzer  
des dortigen Betriebes, Major a. D. v. Steinau, und  
dessen Werkführer Stark die Anfänge der Bewegung brutal  
im Keime ersticken zu können, indem man diejenigen Kol-

legen, die dem Verband nicht Wasel sagten, auf Straßen-  
pflaster warf. Gelang es auch den Drohungen der beiden  
Herren, 10 Kollegen einzuschüchtern, so dürfte ihnen nun  
doch klar geworden sein, daß durch den moralischen Galt  
der elf dem Verbaude treugebliebenen Kollegen der Orga-  
nisationsgebäude im hinteren Odenwald aufrechterhalten  
bleibt. Künft der gemäßigtesten Arbeiter haben anderweitig  
Arbeit erhalten, die letzten sechs werden in kurzer Zeit eben-  
falls anderweitig untergebracht sein. Ob nun der Herr  
Major und sein Werkführer Nutzen von ihrem geschwirdigen  
Verhalten haben, möchten wir billig bezweifeln. Der Be-  
trieb liefert nur Möbel für Arbeiterkundschaft  
bzw. Abzählungsgeschäfte. Der Redaktion des  
„Vollstreubes“ in Darmstadt liegen nunmehr erfreulicher-  
weise schon eine Anzahl Zuschriften von Abnehmern der in  
diesem Betrieb gefertigten Möbel vor, in denen das Ver-  
halten des Majors bedauert und der Redaktion Kenntnis  
gegeben wird, daß diese Händler ihre n Weg aus  
Zell einstellen werden. Und das, ohne daß auch nur  
im geringsten von uns an diese Lieferanten diesbezüglich  
ein Ersuchen gerichtet wurde. Ein bürgerlicher Herr, der  
am Osterfesttag Vermittlungsversuche bei dem Major  
unternahm, lehrte nach Darmstadt mit einem eigenen Gefühl  
im Herzen zurück, nachdem er durch die Aussprache mit dem  
Major Gewißheit hatte, wie wenig man es auf jener Seite  
mit der Wahrheit ernst nimmt und Dinge angibt, die einen  
ehrlichen Menschen mit Eitel erfüllen müssen.

Düsseldorf. (Modellischer.) In der am  
2. April stattgefundenen Mitgliederversammlung berichte-  
te der Vorsitzende zunächst über ein Zirkular der Zentral-  
kommission der Modellischer, einen Antrag Hamburg  
betreffend. Nach einer lebhaften Diskussion wurde für  
jüngere Kollegen ein Durchschnittslohn von 55 Pf. und  
60 Pf. für ältere Kollegen festgesetzt. An und für sich ist  
uns der Antrag Hamburg in betreff des Durchschnitts-  
lohnes sehr sympathisch, jedoch wollen wir keineswegs auf  
das Machtmittel des eventuellen Streiks verzichten. Was  
die hiesigen Verhältnisse anbelangt, so können wir be-  
richten, daß die Konjunktur zurzeit als gut zu bezeichnen  
ist. Jedoch möchten wir die auswärtigen Kollegen bitten,  
sich nicht schriftlich an die hiesigen Firmen zu wenden,  
sondern sich vor Ausnahme der Arbeit auf dem Zahlstellen-  
bureau im Wollhaus, Wallstr. 10, zu erkundigen.

Schweitzerhain. Unsere Zahlstelle hat eine Statistik  
aufgenommen, die einen interessanten Einblick in die Lage  
der Arbeiter in den beiden hiesigen Stuhlfabriken  
gibt. Beschäftigt waren 92 Kollegen, wovon 64 im  
Deutschen Holzarbeiterverband organisiert sind. Von den  
Beschäftigten sind Stuhlbauer 87, Drechsler 9, Tischler und  
Sofabauer 12, Polierer 18, Maschinen- und Hilfsarbeiter  
18. Die Arbeitszeit war eine unregelmäßige, da alle  
Branchen, welche in Betracht kommen, verkürzt arbeiten  
müßten. An der Statistik beteiligten sich 58 Kollegen, da-  
von sind 50 verheiratet, die eine Kinderzahl von 124 be-  
sitzen. Die Ehefrau trägt in 83 Fällen, und Kinder unter  
14 Jahren in 8 Fällen zum Erwerb bei. In Akford ar-  
beiten 47 Kollegen, in Lohn 11. An Wohnungsmiete zahlte  
der einzelne Kollege im Durchschnitt jährlich 101,20 M.  
Für Verband, Kranken-, Invaliden- und Hilfskassen  
zahlte jeder Kollege durchschnittlich jährlich 65,07 oder  
wöchentlich 1,08 M. Der Durchschnittsverdienst beträgt  
18,08 M. Nach Abzug von Miete, Steuern bleibt für  
Nahrung, Kleidung, Heizung usw. 14,82 M. oder wöchent-  
lich pro Kopf der Familie 3,88 oder täglich pro Kopf 54,7  
Pfennig. Infolge Arbeitsmangel gingen im letzten Jahre  
54 Kollegen 15 473 Arbeitsstunden verloren oder pro Kol-  
lege rund 5 Arbeitswochen. Infolge Krankheit gingen  
11 Kollegen 242 Arbeitsstage verloren oder pro Kollege  
22 Tage. Unfälle waren drei zu verzeichnen, wovon zwei  
an der Hobelmaschine in ein und demselben Betriebe und  
ein Unfall (Zusammenstoß durch Einsparzen der Pfosten)  
in dem anderen Betriebe entstanden. Der Durchschnittslohn  
der einzelnen Branchen ist folgender: Stuhlbauer 19,48  
M., Drechsler 21,13 M., Tischler und Sofabauer 19,01  
M., Polierer 14,93 M., Maschinen- und Hilfsarbeiter  
15,88 M. pro Woche. Aus diesen Zahlen kann wohl jeder  
Kollege ersehen, daß die hiesigen Verhältnisse keine rosig-  
en sind, zumal die Stuhlbauer der Firma Gebr. Richter immer  
noch nur 5 Tage die Woche arbeiten. Bei etwaigen Ar-  
beitsangeboten nach hier werden die Kollegen ersucht, sich  
bei der hiesigen Verwaltung zu erkundigen, da genügend  
Arbeitskräfte am Orte vorhanden sind. Aber auch an die  
hiesigen Kollegen sei die Mahnung gerichtet, sich mehr als  
bisher an dem Verbandsleben zu beteiligen, indem  
sie die Versammlungen regelmäßig besuchen, denn dieses  
tut bitter not. Verkehrslokal der hiesigen Arbeiterschaft  
ist der Gasthof Holzhausen.

Treptow a. b. Rega. Die Kollegen hier am Orte  
scheinen es nicht mehr nötig zu haben, in den Versamm-  
lungen zu erscheinen; besonders unter den Kollegen der  
größten Werkstelle hier scheint Feid und Mißgunst an der  
Tagesordnung zu sein. Wiewohl kritisierten die Kollegen  
die hohen Beiträge (60 Pf.). Statt aber in die Versamm-  
lungen zu kommen und sich darüber auszusprechen, haben  
sie meist etwas anderes zu tun. Wir haben doch gewiß  
keine Ursache, jetzt in den Winterschlaf zu verfallen; stehen  
uns doch noch genug Unorganisierte gegenüber, die aufzu-  
klären unsere Pflicht ist. Wenn der Schlenkrian so weiter  
geht, können wir überhaupt nicht vorwärts. Unsere Ver-  
sammlung findet alle vier Wochen, und zwar an jedem  
1. Dienstag im Monat statt.

Wetter a. b. Ruhr. Die Hirsch-Dunderschen machen  
verzweifelte Anstrengungen, um hier festen Fuß zu fassen.  
Am 25. März hielten sie hier eine öffentliche Versammlung  
ab, in der ihr Bezirksleiter Dregel aus Dortmund über den  
Gewerbeverein als Interessenvertretung sprach. Statt sich  
aber an das angekündigte Thema zu halten, erging sich der  
Redner in einer wüsten Beschimpfung der freien Gewerk-  
schaften und der sozialdemokratischen Partei. Damit konnte  
er allerdings hier keine Seide spinnen. Mitglieder der  
freien Gewerkschaften traten dem Referenten mit Erfolg  
entgegen, so daß es der Versammlungsleiter bald für besser  
hielt, eine weitere Diskussion abzuschneiden. Betrübte gegen  
die Hirsche, an 12 Mann stark, am Abend wieder am Dort-  
mund heim, denn von ihren Anhängern waren aus Wetter  
selbst nur zwei oder drei erschienen, während drei Viertel  
der Versammlungsbesucher den freien Gewerkschaften,  
einige auch dem christlichen Maurerverbände angehörten.

Unsere Lohnbewegung.

Die Abwicklung unserer Tarifbewegung macht weitere Fortschritte. In den Orten, in welchen die von den Vertretern der Parteien vereinbarten Vertragsbedingungen noch nicht anerkannt sind, werden die auf die Anerkennung des Vertrages gerichteten Bemühungen fortgesetzt. Seit unserer letzten Mitteilung ist zu den Städten, in welchen beide Parteien die Vereinbarungen anerkannt haben, noch Stuttgart hinzugekommen. Auch in den Städten, die keine Vertreter zur Verhandlung nach Berlin entsandt hatten, geht es nun vorwärts, doch geht es hier nicht überall ohne Konflikte ab. In Ruffenhäuser ist es, wie bereits mitgeteilt, zur ArbeitsEinstellung gekommen; auch bei der Firma Gehmann in Essen-Nray mußte die Arbeit eingestellt werden. In Rosen haben unter Teilnahme von Vertretern der Zentralvorstände Verhandlungen stattgefunden, die allerdings zunächst zu keinem Resultat führten. Ob es hier möglich sein wird, eine friedliche Verständigung herbeizuführen, bleibt vorerst abzuwarten.

In München wurde vor dem Gewerbegericht verhandelt. Hier schien die Situation zunächst recht bedrohlich. Nach wiederholten Verhandlungen fällt das Einigungsamt folgenden Schiedsspruch: Die Löhne sämtlicher Arbeiter werden ab 1. April 1910 und 1911 um 2 Pf., ab 1. Oktober 1912 um 1 Pf., die Mindestlöhne ab 1. April 1911 und 1. April 1912 um je 1 Pf. erhöht. Die Arbeitszeit wird ab 1. Oktober 1912 von 53 auf 52 Stunden reduziert. Werden Gehilfen außerhalb der Werkstätte beschäftigt, so erhalten sie eine Zulage von 3 Pf. Der Tarif gilt bis 12. Februar 1913. Danach beträgt der Mindestlohn jezt 52 Pf.; er steigt am 1. April 1911 auf 53 Pf. und am 1. April 1912 auf 54 Pf. Der Schiedsspruch ist von beiden Parteien anerkannt, so daß auch die Tarifbewegung in München als beendet angesehen werden kann.

In Eggenendorf i. Nsgb. sind die Drechsler der Holzwarenfabrik von O. Keil in eine Lohnbewegung getreten. Die bisherigen Verhandlungen führten zu teilweise ungenügenden Ergebnissen, die jedoch von den Kollegen, angesichts der geradezu erbärmlichen Löhne als ungenügend abgelehnt worden sind. Wenn nicht weitere Zugeständnisse gemacht werden, dürfte ein Streik unermelblich sein.

In Arola haben die Tischler durch einen zweitägigen Streik eine Lohnerhöhung von sofort 3 Pf. die Stunde, ab 1. Oktober noch einen weiteren Pfennig erreicht. Die Arbeitszeit wird sofort auf 59 Stunden herabgesetzt, ab 1. Oktober nochmal um eine Stunde. Bei Montagearbeit ohne Uebernachten wird 75 Pf., in weiterer Entfernung 2,50 Mk. pro Tag vergütet. Für Ueberstunden 10 Pf. Zuschlag, für Nacht- und Sonntagsarbeit 20 Pf.

In Darmstadt reichten die Kollegen am 8. April ihre Forderungen an die Arbeitgeber ein. Verlangt wird eine Verkürzung der Arbeitszeit von 54 auf 53 Stunden und ein Mindestlohn von 49 Pf. An Lohnerhöhung werden sofort 3 Pf., in den nächsten zwei Jahren weitere 3 Pf. verlangt. Für die Bewegung kommen insgesamt rund 800 Kollegen in Betracht. Der größte Betrieb am Ort, die Firma Alster, ist ausgeschaltet, da diese Forderungen dort schon durchgeführt und in einem dreijährigen Vertrag festgelegt sind. Angesichts der Tatsache, daß die kleineren Betriebe in unerklärlicher Angst sich dem größten Scharfmacher am Ort, dem Millionär Glüder, bedingungslos in die Arme geworfen haben und sich von ihm am Gängelbande leiten lassen, besteht wenig Aussicht, die bescheidenen, völlig den Verhältnissen entsprechenden Forderungen ohne Kampf durchzuführen.

In Elmshorn ist durch Verhandlungen mit den Arbeitgebern ein neuer vierjähriger Vertrag auf folgender Grundlage zustande gekommen: Die Arbeitszeit wird am 1. April 1911 von 57 auf 54 Stunden pro Woche verkürzt. Der Lohn wird erhöht um je 2 Pf. am 1. Juli 1910, 1. April 1911 und 1. April 1912. Ebenso steigt der Mindestlohn, der jezt 43 Pf. beträgt, an den genannten Daten um je 2 Pf. auf 49 Pf. pro Stunde. Weiter sind geregelt die Zuschläge für Ueberstunden, Montagezuschläge usw. In der Verhandlung zeigten die Herren Meister überhaupt ein ziemlich hohes Maß von Verständnis für die Forderung unserer Forderungen, was wir in früheren Jahren von ihnen nicht gewohnt waren. Sie wissen eben, daß unsere Organisation tatkräftig hinter den Kollegen steht und ziehen es daher vor, einem Kampfe, der doch schließlich nur unter Anerkennung unserer Forderungen beendet werden würde, auszuweichen.

In Finsterwalde sind in der Holzwarenfabrik von Hubert u. Ulrich Differenzen ausgebrochen. Sämtliche Arbeiter dieses Betriebes haben die Arbeit niedergelegt. Zugung von Tischlern, Polierern und Maschinenarbeitern ist ferngehalten.

In Saderleben reichten die Kollegen am 26. März die Forderungen ein, die eine Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 57 Stunden pro Woche und eine Lohnerhöhung von 7 Pf. die Stunde enthielten. Daraufhin fand unserem Wunsche gemäß am 1. April eine Verhandlung mit den Arbeitgebern statt, die folgenden Resultat zeitigte: Es wird ein neuer vierjähriger Vertrag abgeschlossen und die Arbeitszeit um je eine Stunde verkürzt am 1. Juli 1910, 1. April 1911 und 1. April 1912, so daß also von diesem Zeitpunkt ab die geforderte 57stündige Arbeitszeit erreicht war. Der Mindestlohn sollte steigen von 43 Pf. auf 48 Pf. und ebenso die bestehenden Löhne um 5 Pf. innerhalb zwei Jahren erhöht werden. Da bei der Arbeitszeitverkürzung jedesmal der bestehende Wochenverdienst weiter gezahlt werden sollte, bedeutete auch dieses eine Erhöhung des Stundenlohnes von mindestens 3 Pf., so daß also insgesamt eine Lohnerhöhung von 8 Pf. pro Stunde erreicht war. Unsere Kollegen stimmten diesen Abmachungen in ihrer Versammlung zu, die Arbeitgeber dagegen lehnten dieselben ab. Sie wollten die Arbeitszeit nur auf 58 Stunden pro Woche verkürzen, anstatt 48 Pf. nur 47 Pf. Mindestlohn geben und nicht 5, sondern nur 4 Pf. Lohnerhöhung ge-

währen. Auch sollte der Vertrag nicht bis 1914, sondern nur bis 1913 laufen, als es trotz abermaliger Versuche nicht möglich war, die Arbeitgeber zur Annahme der Kommissionsvereinbarungen zu bewegen, stellten wir am 4. April einmütig die Arbeit ein. Das bewirkte, daß nach am selben Abend eine abermalige Meisterversammlung und daran anschließende eine erneute Verhandlung mit unserer Lohnkommission stattfand, in welcher alsdann eine Einigung erzielt wurde. Dieselbe bringt die 57stündige Arbeitszeit und full. Lohnausgleich eine Lohnerhöhung von 7 Pf. pro Stunde.

In Heilsbrunn sind die Wagner in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Kollegen allerorts werden ersucht, den Zugzug fernzuhalten.

In Heilsbrunn i. Nsgb. haben die Kollegen in der Möbelfabrik von Gebr. Walffsch seit langer Zeit über horrenden Reduzierungen der Akkordpreise zu klagen. Um hierin stabile Verhältnisse zu schaffen, sind von den Kollegen entsprechende Forderungen gestellt worden. Da der Zugzug nach hier sehr stark ist, und ganz besonders von Oesterreich her, so bitten wir die Kollegen auf strenge Fernhaltung des Zugzuges zu achten.

In Wiesbaden sind die Normmacher in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie haben ihren Arbeitgebern folgende Forderungen unterbreitet: Verkürzung der Arbeitszeit von 57 auf 54 Stunden und 15 Proz. Lohnerhöhung. Da sich die Unternehmer ablehnend verhalten, wurde die Kündigung eingereicht, und es wird jedenfalls zum Kampf kommen. Es wird gebeten, den Zugzug fernzuhalten.

In Wiesbaden haben die Tischler der Firma Fritsche u. Co., Luxusmöbelfabrik, in Folge unausgeglichter Differenzen wegen der Einhaltung des im letzten Oktober abgeschlossenen Vertrages am Montag, den 5. April, die Arbeit einmütig niedergelegt. Zugzug bitten wir fernzuhalten.

In Rabenau sind die Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter der Firma Bachmann, Inhaber Gebr. Schulte, in den Streit getreten. Die Kollegen forderten die Herabsetzung der Arbeitszeit von 58 auf 53 Stunden und die Festsetzung eines Normalstundenlohnes von sofort 52 Pf., ab 1. Juni 1911 von 54 Pf. und 65 Pf. ab 15. Februar 1912. Damit würden die Verhältnisse eingeführt, die im benachbarten Plauenischen Grund schon seit Jahren bestehen. Trotzdem hat die Firma die Forderungen kurz abgelehnt.

In Stargard sind vor etwa neun Wochen bei der Firma Mehrholz vier Drechsler gemahregelt worden, die infolgedessen auswärts in Arbeit getreten sind. Als die Versuche des Herrn Mehrholz, Arbeitswillige heranzuziehen, sich als wenig erfolgreich erwiesen, wandte er sich an die Frauen der gemahregelten Kollegen mit der Bitte, doch ihre Männer zurücküberufen; es sollte jeder auf seinen alten Platz kommen. Die Kollegen waren auch so unvorsichtig, den Versprechungen zu trauen; um so größer war ihre Enttäuschung, als ihnen Herr Mehrholz einen Tarif vorlegte, der gegenüber den im Vorjahre vereinbarten Preisen durchweg Abzüge von 10 bis 20 Proz. vorsah. Da Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten, verzichteten die Kollegen auf die Wiederaufnahme der Arbeit. Es wird gebeten, den Zugzug auch weiterhin fernzuhalten.

In Wulsdorf und Umgebung sind die Differenzen noch nicht beigelegt. Insbesondere ist von den Werkstätten von Barre in Weghölbe und Reiraht in Bogstedt der Zugzug von Normmachern nach wie vor fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

Christliche Begriffsstutzigkeit. Der christliche „Holzarbeiter“ hat aus der Notiz über die Wirkung des Schnapsbohloths in Nr. 14 der „Holzarbeiter-Zeitung“ herausgelesen, daß der stärkste Schnapskonsum bei den Sozialdemokraten zu finden war. Diese Entdeckung läßt erkennen, daß es doch noch Gebiete gibt, auf welchen sich unsere christlichen Kollegen bemühen, originell zu sein. Das Experiment, welches unser biederer Christ anwendet, um zu seinem erstaunlichen Resultat zu gelangen, ist sehr einfach. Der Schnapskonsum ist nach der erwähnten Notiz um 81 Proz. zurückgegangen. Der Schnapsbohloth erfolgte nur durch die Sozialdemokratie, diese hat aber bloß 24 Proz. der Bevölkerung hinter sich, also müssen die Sozialdemokraten früher ungeheuer Mengen Schnaps getrunken haben, um durch ihre jegige Enthaltensart einen solchen Konsumrückgang herbeizuführen.

Dem Christen, der sein Licht in der Weise leuchten läßt, merkt man es an, daß er den Schnaps nicht bohlottert, deshalb macht es ihm auch solche Mühe, die Zusammenhänge zu erkennen. Aber wenn er in nüchternem Zustande über die Dinge nachdenkt, wird er vielleicht einsehen, wie weitreichend der moralische Einfluß der Sozialdemokratie ist, daß ihr Bohlothbeschuß eine solche Wirkung hervorgerufen kann. Ist es doch notorisch, daß Moheitsergehen, die bekanntlich in engem Zusammenhang mit übermäßigem Alkoholkonsum stehen, in den sozialdemokratischen „verseuchten“ Gegenden verhältnismäßig selten sind; um so häufiger aber dort, wo es der Sozialdemokratie noch nicht gelungen ist, Boden zu fassen. Die Sozialdemokraten üben eben überall einen äußerst wohlthätigen Einfluß auf die Sehung der Moral aus. Diesem Einfluß ist es zu danken, daß der sozialdemokratische Beschluß, den Schnaps zu bohlotterieren, auch in den Kreisen Beachtung findet, die sonst den Lehren der Sozialdemokratie ablehnend gegenüberstehen. Das trifft insbesondere auch bei vielen Arbeitern zu, die noch im Banne des Zentrums stehen. Die Unteroffiziere des Militarismus allerdings, vom Schlage des Verfassers der Notiz im christlichen „Holzarbeiter“ meinen eine Sünde zu begehen, wenn sie durch Enthaltensart vom Schnaps dem sozialdemokratischen Bohlothbeschuß eine Weigerung erweisen. Die Folge davon sind dann solche Notizen, denen man von weitem ansieht, woher ihr Spiritus stammt.

Gewerkschaftliches.

Star zum Gefecht.

Die Spannung im Baugewerbe hat den Höhepunkt erreicht. Am 4. April traten die außerordentlichen Verbandstage der vier Bauarbeiterorganisationen, der Maurer, Bauhilfsarbeiter, Zimmerer und christlichen Bauhandwerker in Berlin zusammen, um zu der vom Arbeitgeberbund für das Baugewerbe auf dessen am 22. März in Dresden ausgesprochenen Kriegserklärung Stellung zu nehmen. Wie die Antwort auf das Ultimatum ausfallen würde, stand von vornherein fest, denn es war ganz ausgeschlossen, daß die Arbeiter die demütigenden Bedingungen der Unternehmer annehmen konnten. Dennoch sah man der Tagung der Arbeiterparlamente mit großer Spannung entgegen. Die ungeheure Bedeutung eines Niesenkampfes im Baugewerbe und die weittragenden Folgen, die eine Störung der Bau-tätigkeit für unser gesamtes Wirtschaftsleben bringen muß, hat auch die bürgerlichen Kreise mobilisiert. Die bürgerlichen Zeitungen, die sonst die Vorgänge in der Arbeiterbewegung nur ganz beiläufig registrieren, brachten ausführliche Berichte über die Tagungen und widmeten ihnen außerdem noch umfangreiche Besprechungen.

Hätten die Unternehmer im Baugewerbe geglaubt, mit ihren Beschlüssen die Arbeiter einzuschüchtern, dann sahen sie sich enttäuscht. Die Delegierten zu den Verbandstagen waren von einer stolzen Begeisterung erfüllt und auf den Versammlungen der freien Verbände ebenso wie bei der christlichen Organisation herrschte nur eine Stimme: Die unerhörte Provokation der Scharfmacher muß mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden! Und sie wird zurückgewiesen werden! Die Unternehmer haben in Dresden unter dem strengsten Ausschluß der Öffentlichkeit gelagt, aber nicht verhindern können, daß trotzdem ein Bericht über ihre Versammlung in die Presse gekommen ist. Aus diesem Bericht ist ersichtlich, daß über die zu ergreifenden Maßnahmen durchaus nicht die Einmütigkeit herrschte, welche die Herren der Öffentlichkeit vorzutauschen bemüht sind. Tatsächlich haben sich auch bereits die Bauunternehmer in Hamburg und dem Gebiet des Vierstädtebundes mit den Arbeitern geeinigt, und der Widerspruch, den die ausschweifendsten Scharfmacher in Dresden fanden, berechtigt zu der Erwartung, daß die Aussperrung doch nicht so allgemein wird, wie es den Anschein hatte.

Hätten sich die Unternehmer über die eigene Uneinigkeit damit zu trösten gesucht, daß im Lager der Arbeiter auch keine Einigkeit herrsche, so haben ihnen die Versammlungen am 4. und 5. April gezeigt, daß sie sich in der Beziehung gründlich getrrt haben. Dem gemeinsamen Feind gegenüber ruht aller Haber; unbeschadet aller sonstigen Meinungsverschiedenheiten stehen die Bauarbeiter der verschiedenen Branchen und der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen in geschlossener Phalanx. Durch die Rechnung der Scharfmacher, die da glaubten, daß es ihnen gelingen könnte, die Rassen der Arbeiterorganisationen in kurzer Zeit zu leeren, haben die Generalversammlungen einen tiefen Strich gemacht. In den ersten zwei Wochen wird keine Streikunterstützung gezahlt, dagegen haben die Weiterarbeitenden neben ihrem regelmäßigen Beitrag Extra-beiträge bis zu 6 Mk. pro Woche an die Verbandskasse zu leisten. Die Beamten des Maurer- und des Bauhilfsarbeiterverbandes haben beschlossen, für die ersten 14 Tage auf ihr Gehalt zu verzichten und für die weitere Dauer des Kampfes 25 Proz. ihres Gehaltes als Streikbeitrag zu leisten; ähnliche Beschlüsse haben die Angestellten der anderen Organisationen gefaßt. Alle diese Beschlüsse zeigen, von welcher Begeisterung die Bauarbeiter erfüllt sind.

Die Arbeiter des Baugewerbes sind mit ihren Kampfesvorbereitungen fertig und erwarten nun ruhigen Mutes die Eröffnung der Feindseligkeiten. Ob es noch im letzten Augenblick gelingen wird, den Ausbruch des Niesenkampfes zu vermeiden? Nachdem die Generalversammlungen der Arbeiter gesprochen hatten, hat sich auch die Regierung bemüht, ihrerseits einen Versuch zur Erhaltung des Friedens zu machen. Am 8. April fand im Reichstagsgebäude eine vom Reichsamt des Innern berufene Sitzung der Parteiberträter unter dem Vorsitz des Geheimrats Wiedefeldt statt. Diese Besprechung war jedoch ergebnislos. Die Unternehmer verlangten, daß die Arbeiter vor jedem Eintritt in sachliche Verhandlungen erklären sollten, daß sie sich dem Beschluß der Kölner Generalversammlung der Unternehmer vom Jahre 1907 fügen, wonach die Arbeitszeit nicht unter zehn Stunden verkürzt werden darf. Selbstverständlich mußten die Arbeiter eine solche Zusage ablehnen. Darauf erklärten die Unternehmer, daß sie überhaupt nicht verhandeln wollten. Damit war auch der letzte Versuch, den Frieden im Baugewerbe zu erhalten, gescheitert. Am 15. April dürften die Unternehmer mit der Aussperrung beginnen. Der Kampf wird aller Voraussicht nach einen riesigen Umfang annehmen, aber die Bauarbeiterschaft kann ihm ruhigen Mutes entgegensehen. Die Unternehmer wollen die Organisation der Arbeiter mit einem Schlage vernichten; an der Solidarisität der Arbeiter werden sie sich die Zähne ausbeißeln!

Die politische Neutralität der Zentrums-Gewerkschaften. In einem Artikel unter der Ueberschrift „Wochenwache“ in Nr. 12 der „Holzarbeiter-Zeitung“ haben wir die Anstrengungen beleuchtet, die der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Adam Stegerwald, in seinem Jahresbericht macht, die Verantwortung für das Verhalten der christlichen Gewerkschaftssekretäre im Reichstage anlässlich der Beratung der Finanzreform von den christlichen Gewerkschaften abzuwälzen. In dem Artikel war auch von einer, vom christlichen Steinarbeiterverband

einberufenen Versammlung in Frielingsdorf bei Köln die Rede, in welcher Stegerwald für die Wahl des Zentrums-Landwirts eintrat.

Diese Verächtlichkeit ist uns tatsächlich nicht zu Gesicht gekommen. Aber selbst dann, wenn die betreffenden christlichen Gewerkschaftsmänner die Versammlung in ihrer Eigenschaft als Zentrumsangehörige arrangiert hätten, wäre das für die Beurteilung des Verhältnisses zwischen den christlichen Gewerkschaften und der Zentrumspartei völlig bedeutungslos.

„Der Proletarier“, das Organ des Fabrikarbeiterverbandes, hat in seiner Nr. 15 vom 9. April ein Festgewand angelegt. Das Blatt erscheint jetzt in einer Auflage von 150 000 Exemplaren und ebenso groß dürfte die Mitgliederzahl des Verbandes sein.

**Polizeiliches und Gerichtliches.**

Die „liberale“ Handhabung des Vereinsgesetzes. Am 20. Dezember vorigen Jahres hielten die bei der Firma Schmitt in Egerst in Westpreußen beschäftigten Holzarbeiter eine Versammlung ab, um Stellung zu nehmen zu der Bekanntmachung der Betriebsleitung, daß die Lohnzahlung am Silvester ausfallen und dafür am Tage nach Neujahr erfolgen solle.

Hiergegen wurde Einspruch erhoben und hatte sich am 8. April das Amtsgericht Königs mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Der als Reize vernommene Amtsvorsteher Wehler konnte keinen anderen Grund für die Annahme, daß es sich um eine öffentliche politische Versammlung handle, anführen, als den, daß die Anmeldung von den drei Verbänden erfolgt sei.

allerer besser zu fördern. Nach zweistündiger Verhandlung wurde die Sache vertagt, um der Anwaltschaft Gelegenheit zu geben, festzustellen, ob die Versammlung eine öffentliche politische war.

Interessant ist es, daß man erst jetzt, nach 11 Wochen, darauf verfaßt, zu untersuchen, ob die Volkseigenen und das gerichtliche Verfahren gefehlt begründet sind. Nach unserem Laienverständnis hätte doch eine solche Untersuchung allen obrigkeitlichen Maßnahmen vorausgehen müssen.

**Eingefandt.**

Achtung! Holzarbeiter! Alle Zuschriften in betreff Zentralkommission und Zentralarbeitsnachweis sind zu richten an: A. N a p h e n g s t, Hamburg 85, Wendenstraße 873 IV.

**Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter**

Table with financial data for the Central Sick and Death Cases of Carpenters and other workers. Includes columns for 'Ueberschüsse', 'Beiträge von Einzelmitgliedern', 'Eintrittsgelder', etc.

Zusatz erhalten: Offenbach 1000, Berlin E, München I je 800, Köln II 700, Worms 600, Mannheim

600, Berlin C, Frankfurt a. M., Gr.-Zimmern, Mühlburg, Wilhelm a. d. Ruhr, Würzburg I je 400, Lebnich 350, Bonn, Breslau, Bunzlau, Cassel, Charlottenburg, Chemnitz, Erlangen, Essen, Freiburg i. B., Girsch, Gelsenkirchen, Heddesheim, Hermsdorf, Mainz, Müdenheim, Mühlheim, Weinheim je 300, Hainichen, Jébenhausen, Neu-Allm, Schweinfurt je 250, Wödingen 280, Allensdorf, Alzenau, Achaffenburg, Wöhlth-Gröbenberg, Brud, Wüdenheim, Degerloch, Durlach, Ebingen, Ebingen, Forchheim, Gabelberg, Gießen, Köppingen, Wolke, Gröbenheim, Gailbach, Hanau, Hennef, Kaiserlautern, Neuhofen, Neuwied, Pantow, Reinickendorf, St. Gangloff, Schweinau, Schweizingen, Selkerhausen je 200, Hlörshelm, Gelnhausen je 180, Deynhäusen 175, Altona, Bickendorf, Wüdenheim, Camborg, Dessau, Elmshorn, Eitlingen, Feuerbach, Flensburg, Löttau, Lorch, Merseburg, Mühlhausen, Oeberrad, Lagersheim, Vell, Neutlingen, Sassenheim, Stötterich, Allm, Wibel, Welschnereuth, Wenigenjena, Wiesbaden, Wildbruff je 150, Sellern 120, Nachen, Unsbach, Wadnang, Vergebord, Writ, Carlshafen, Constanz, Deuben, Dörsberg, Dünnwald, Duisburg, Gaisburg, Gagen, Gahnhausen, Gausen, Hildesheim, Hildorf, Homburg b. d. Höhe, J. vergehofen, Jherlohn, Köpenick, Kirchheim, Kreschau, Lagerdorf, Leipzig II, Liegnitz, Loschwitz, Ludenau, Müneburg, Meiberich, Neue Neustadt, Neustadt a. S., Nies, Ober-Ramstadt, Offenbach, Oppau, Osterwied, Pfaffenwiesbach, Ratibor, Rohradet, Schleißheim, Schönau, Schwarzau, Seckenheim, Seelbach, Wach, Wallendar, Wilhelmshaven, Wittenberg je 100, Wersheim, Wirth, Oberbeltringen, Rudolstadt, Seehelm je 80, Driesen, Güls, Strahburg je 75, Hornberg 70, Bromberg, Quittschdorf, Rottweil je 60, Debschwitz 54, Wredow, Drais, Fadenburg, Greifenhagen, Heidesheim, Kriffel, Kulmbach, Langenberg, Lorschbach, Marburg, Münden, Matingen, Schleibitz, Wandabel, Weiskensfeld, Winsen je 50, Wetterzeube 40, Wintkisch, Wafersack, Wenzlau je 30 Mt.

Summary table for the Central Sick and Death Cases, showing total income and expenses. Includes 'Summe der Ueberschüsse', 'Krankengeld an Einzelmitglieder', 'Sterbegeld', etc.

**Briefkasten.**

\* Raumangels halber mußten einige „Stimmen zum Verbandsrat“ für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

**Arbeitslosigkeit im Monat März 1910.**

Large table showing unemployment statistics for March 1910. Columns include 'Ort', 'Arbeitslose Mitglieder am Orte', 'Unterstützung haben erhalten', and 'Arbeitslose auf der Reise'.

Die Zahlstellen, welche nicht berücksichtigt sind: Jaström, Marienwerder, — Greifswald, Rastan, Wildtheen, — Strelken, — Grotzen, Lübbenau, Solbin, Weiskwasser, Zehdenick, — Großröhrsdorf, — Borna, Ronneburg, — Böhmisch, Tzipitz, — Wlantenburg a. Harz, Wernigerode — Burgdamm, Gertorf, Neustadt i. S., — Duisburg, — Eberbach, Eberstadt, Oberstein, — Beroldsgrün, Wilhermsdorf, — Ahern, Freudenstadt.

Table showing the number of unemployed workers by month from January to December. Columns include 'Januar', 'Februar', 'März', etc., and 'Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats'.

Mit Beginn des Jahres 1910 hat die laufende Arbeitslosenstatistik insofern eine Ergänzung erfahren, als auch die aus den Lokalkassen geleisteten Zuschüsse, sowie die Lokalschritte an Reisende mitgezählt werden.

### Versammlungs-Anzeiger.

Frankfurt a. M., Samstag, den 28. April, abends 8 1/2 Uhr. Sektions-Versammlung der Wagner im Gewerkschaftshaus, Kleiner Saal A.

### Anzeigen.

**Alben.** Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahlstelle für Tischler, Drechsler, Maschinenarbeiter, Stellmacher, Parkettmacher und Korbmacher befindet sich in der Kasse des hiesigen Arbeitsnachweises, die in der Kasse des hiesigen Arbeitsnachweises zu demselben. Umständlich ist freigegeben. Die Arbeitsnachweisung wird nur im Nachhinein ausbezahlt.

**Miesky.** Die Herberge und das Verkehrslokal befinden sich jetzt in der Neuholzer Gasse, nicht mehr in der alten Gasse.

**Wiesbaden.** Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich beim hiesigen Minister, Herrmannstr. 22, vorn part. Umständlich ist freigegeben. Die Arbeitsnachweisung wird im Gewerkschaftshaus, Weststraße 11, ausbezahlt. Im Wochenlohn abends 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

**Georg Fendl.** Schreiner aus München, sucht Wer seine Adresse weiß, möge dieselbe baldmöglichst mitteilen an Maria Fendl, München, Mühlstr. 711.

**Paul Birke.** Tischler, aus Leipzig, wird gesucht. Kollegen wollen bitte seine Adresse senden an H. Zweiniger, Leipzig, Gaisstr. 17, Quergeb. p.

**Tüchtige Schreiner,** welche selbstständig nach Zeichnung kleinere Möbel herstellen können für dauernde Arbeit bei hohem Lohn gesucht.

**Erste Würzburger Möbel-Fabrik G. m. b. H., Würzburg.**

In meiner Bureaumöbelfabrik finden für sofort noch einige tüchtige Schreiner, welche auf Roll- und Stehpulte, sowie Kleintisch- und Bücherschränke eingearbeitet sind, dauernd, gutbezahlte Beschäftigung. Eintritt müsste umgehend erfolgen und wollen sich nur wirklich eingearbeitete Leute melden.

**Oberhard Feher, Stuttgart Bureaumöbelfabrik.**

Wir suchen für unsere Möbelfabrik auf furnierte Schlafzimmereinrichtungen 2 bis 3 tüchtige Tischler auf Akkord.

**Aug. Westphal & Co., Göttingen.**

Tüchtiger Schreiner, welcher auf Galanterieartikel gearbeitet und mit allen Holzbearb.-Maschinen vertraut, sofort gesucht.

**Goldmann & Jamin, Holzwaren-Fabrik, Oberursel bei Frankfurt a. M.**

20 tüchtige Bautischler für hohe Akkordarbeit werden eingestellt bei

**Joseph Klefer Nachf., Spremberg i. L.**

2 bis 3 tüchtige, ältere Möbelschreiner und 2 bis 3 tüchtige Polierer finden dauernde gutbezahlte Stellung bei

**Gustav Bühler, Möbelfabrik Spachingen.**

**Tüchtige Stuhlmacher** für bessere Arbeiten können sofort eintreten.

**Bock & Fischer** Fabrik feiner Stühle Marbach a. N. bei Stuttgart.

Tüchtiger Polierer für Spazierstöcke per sofort gesucht.

**Schloß & Co., Schwäbe Spazierstockfabrik mit elektrischem Betrieb.**

Tüchtige Möbelbeleger auf dauernde Arbeit per sofort gesucht.

**Möbelfabrik Altona-Ottensen, Donnerstr. 10.**

Ein jüngerer, tüchtiger Drechsler findet dauernde Beschäftigung. Auskunft erteilt

**H. Kraus, Ravensburg, Reughausstr. 4.**

Tüchtiger Drechsler für Massenartikel (Holzknöpfe) sofort gesucht.

**Gebr. Kaiser, Holzwarenfabrik Gilledmühle, Post Demtoth, Bez. Köln.**

Zuverlässiger Drechsler gesucht, welcher möglichst Erfahrung im Ovaldrehen und Polieren hat.

**Rahmenfabrik Gg. Sander, Osnabrück.**

2 jüngerer Drechsler (Holz) finden sofort Arbeit bei

**Becker & Co., Holzverarbeitung Lützel, Oberhessen.**

Mehrere tüchtige Drechsler sucht auf Stundenlohn oder Akkord sofort für dauernde Beschäftigung.

**Schiffers & Zimmermann, Holzwarenfabrik Thomasmühle, Schleusingen-Neurodorf.**

**Tüchtiger Modellschnitzer** für Holz- und Zelluloidschirmgriffe findet dauernde Beschäftigung bei

**Bernhard Raa, Schirmstoffabrik Berlin, Michaelstr. 20.**

Tüchtige Korbmacher auf Weidmöbel stellt ein

**F. Walterscheid, Wittenberge (Bez. Potsdam).**

3 Korbmacher auf Großgeschlagen werden für sofort gesucht.

**Carl Welt, Korbfabrik Wittenberge a. S.**

Ein tüchtiger Korbmacher auf Großgeschlagen für sofort oder später gesucht. Guter Lohn, dauernde Arbeit.

**H. Koll, Wittingen.**

Ein tüchtiger Korbmachergehilfe auf Weidmöbel sofort für dauernd gesucht.

**H. Pelwert, Gagen i. Westf., Eberfelderstr. 49.**

4 bis 5 tüchtige Korbmacher auf grün Geschlagenes und Mattarbeit für dauernde Beschäftigung gesucht. Für Wasserüberbehang 45 Pf. Die Arbeitsverhältnisse sind geregelt.

**H. W. Lohbauer, Korbgewicht Eibach bei Alzenberg.**

**Jünger Korbmacher** auf Matt und Geschlagen sofort gesucht.

**Karl Kreischer, Bittau, Lbbauerstr. 70.**

Korbmacher. 3 Gesellarbeiter für Weidmohrmöbel gesucht.

**H. Klepelt, München, Färbergraben 26.**

**Gestellarbeiter** auf Weidmohrmöbel sucht

**Joseph Scholz, Liebertwolkwitz b. Leipzig.**

Gestellarbeiter auf Weidmohrmöbel stellt sofort ein

**Deutsche Rohmöbelfabrik, Brandenburg a. S.**

Gesucht zum sofortigen Eintritt eine tüchtige Einzelerkerin zu den höchsten Akkordpreisen.

**Wolfs Klotz, Bürstenfabrik, Bad Reichenhall (Bayern).**

Tüchtige Vorstanzrichter und Tischler, sowie Schlitzen- und Freihandbohrer sofort gesucht.

**Dortmunder Glaswaren-Fabrik G. m. b. H., Dortmund.**

**Gesucht** in eine Holzwarenfabrik der Schweiz, solide, tüchtige

**Arbeiter** für Haushaltsartikel und Kleintisch. Sichere Existenz. Offerten sind zu richten an Holzwarenfabrik, Oberburg. (Bern-Schweiz Bf. 195 Y.)

**Geschäfts-Verkauf.** In der umfängl. Nordseestadt St. Peter ist eine gutgehende und allein am Platz bef. Tischlerei m. Wandläge u. Prägemaschine iwegganzl. Aufgabe des Geschäfts preiswert zu verkaufen von Joh. Hansen, Tischlermeister, St. Peter, Schleswig-Holstein (Nordsee).

**Bau-, Möbel- und Sargtischlerei** mit Grundstück, Magazin, Garten und Zubehör zu verkaufen oder zu verpachten. Preis 18 000 Mk.

**H. v. Claus, Landsberg, Bez. Halle a. S.**

Das beste Handwerkerleberbuch ist

**„Wanderlust“**

Enthält 214 aller und neuer Freiheit-, Wander-, Handwerker- und Kundenleber Preis 50 Pf. Bei größeren Abnahmen billiger zu beziehen von Otto Kaufmann, Berlin W. 26, Ullrichstr. 811.

**Zeichenwinkel** aus glasbleim. Zelluloid. Vereinfacht rechten Winkel, Transporteur, Maßstab u. Neigungslehre in einem Stück. Ist daher der vorteilhafteste Zeichenwinkel der Neuzeit. Preis 2 Mk. bei 14x28 cm und 1 Mk. bei 8 1/2x16 1/2 cm.

**H. Niese, Rillingenthal i. E.**

**Mein lieber Freund**

Wenn Du jemals Amerik., Engl., Deutsche Werkzeuge oder Abziehsteine brauchst, verlange vorher gratis und gratis die jetzt neue Preisliste von Otto Bergmann, Berlin SO. 33, Doppelnerstr. 31. Du wirst staunen, wie gut und billig Du da laufft.

**ein einfacher** und klarer Weise lehrt die Selbstunterrichts-System Karasch Hachfeld: Zimmermann, Holzblühauer, Kunst- und Möbeltischler, Baupfleger, das an den botr. Fachschulen gelehrte Wissen, dessen man zur Erlangung höherer Stellen resp. zur Ablegung einer Prüfung bedarf. Glänzende Erfolge, Anerkennungen und Ansehensd. bereitwilligst ohne Kaufzwang.

**Bonnens & Hachfeld, Potsdam W. 10**

Gesoben ist erschienen:

**Klassenbeiträge oder Einheitsbeitrag?**

Material zur Beantwortung der Deutschen Holzarbeiter-Verband Herausgegeben vom Verbandsvorstand.

Diese neueste Broschüre unseres Verbands enthält auf 32 Seiten ein umfangreiches Material zur Frage der Klassenbeiträge, die im Hinblick auf den bevorstehenden Verbandstag jetzt wieder zur Debatte steht. Wir lassen das Inhaltsverzeichnis der Broschüre hier folgen:

Einleitung  
Die Hauptvorstellungen über die Klassenbeiträge  
Klassenbeiträge in anderen Verbänden  
Statistische Klassenbeiträge  
Ökonomische Klassenbeiträge  
Das Ergebnis für die Finanzen  
Die bestehenden Beitragsunterschiede  
Schlussfolgerungen.

Der Ladenpreis der Broschüre beträgt 50 Pf., den Verbandsmitgliedern liefern wir jedoch zu folgenden Vorzugspreisen: 1-9 Exemplare à 40 Pf., 10-19 Exemplare à 25 Pf., 20 und mehr Exemplare à 20 Pf. Bei dem großen Interesse, das der hier behandelten Frage in den Mitgliedervereinen des Verbandes entgegengebracht wird, sehen wir zahlreichem Bestellungen umgehend entgegen.

Wir empfehlen ferner zur Anschaffung: „Aus meinem Leben. Von August Webel. Erster Teil. Preis gebunden 2 Mk. Die Frau und der Sozialismus. Von August Webel. 1. Auflage. Preis gebunden 3 Mk.“

Bestellungen sind zu richten an die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes (G. m. b. H.) Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

**Reform-Putzhobel „Matador“**

gefehllich geschliffen, übertrifft unstrittbar alle bisher existierenden Putzhobel. Verlangen Sie unseren reichhaltigen Katalog über Werkzeuge gratis und franko.

**Gebr. Genuit, Cassel 12.**

**Reglers Patent Nr. 203 822**

Diese Feinleiste für Ein- u. Mehrfachgebrauch zu kaufen ist ein Vorteil. Durch alle einsch. Geschäfte zu beziehen. Gagen- u. Werkzeugfabrik Regler, Ravensburg.

**Abziehsteine,** Deutsches Reich-Patent Nr. 188 433, unzerbrechlich in Härte, werden nie stumpf. Für Öl und Wasser. Die zum letzten Brocken zu verbrauchten. Größe der Steine: 50x25 mm Preis 4 Mk. und 45x165 mm Preis 2,50 Mk. Patentierte Schleifäder in jed. Größe u. Härte vorrätig. Versand gegen Nachnahme. Söhnderscher Werkzeugschleifer überall geschliffen.

**Heinrich Glaser & Co., Schmirgelwarenfabrik, Altona, Langensfelderstr. 45.**

**Schreiner**

**Werkzeuge:** Putzhobel, feine Rückenläng. Exterstrasse, amer. Schraubenzieher sowie viele andere Neuheiten. Katalog gratis u. franko.

**HEINR. BUSCH, Werkzeug-Versandhaus, Hagen i. W.**

**B. Kolscher's**

**Fachschule Detmold:** für Tischler u. für gewerbliche Zeichen. Exterstrasse, Ecke Grabenstrasse. In 3 Monaten: Ausbildung zum Werkführer und Techniker. In 6 Monaten: Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter. Schulgeld 25 Mk. pro Monat. Kostenfreie Abschlussprüfungen. Eintritt jederzeit. Auskunft durch die Direktion: B. Kolscher.

**Tischler-Fachschule Blankenburg**

1 bis 12 monatliche Kurse zur Ausbildung als Werkführer, Techniker und Zeichner, anschließend staatliche Meisterprüfung. Kostenlose Stellenvermittlung. Programm frei.

**Direktor Weinling.**

**Süddeutsche Schreiner-Fachschule**

Nürnberg • Erstklassige Lehranstalt. Kirchweg 14 • Dir. Carl Malbaum.

**Tischler-Fachschule Detmold**

gegründet 1893. Stadt-Schulgebäude, Meister, Werkmeister, Zeichner, Grosse Hör- und Zeichen-Säle. 2 Werkstätten.

Programme frei.

**DIREKTOR BRECHT.**

**Erstkl. Tischler-Fach-Kurse Dresden-A.**

Ausbild. u. Werkst. Zeichn. u. Rechner (Honor. mäßig). Direkt. Max Gempeler, Kronprinzenpl. 6.

**Qualitäts-Marken und Kautschuk-Stempel**

Liefert seit 80 Jahren

**Jean Holze & Co. Hamburg, Befendlindehof 70.**

**Leim-Wärm- u. Trocknenöfen**

Wärmplatten, Zink-Zulagen etc. Leimkessel u. Zink-Zulagen etc. In bester Ausführung billig.

**Maria Moldenhauer & Sohn, Dresden 19. NB. Nachweis nach Honorar.**

**Paul Horn, Poltur- u. Lackfabrik Hamburg 23**

**zwei deutsche Reichspatente**

Nach dem durchgeführten Verfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritzfähigem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht:

**eine sofortige Porenfüllung**

man erspart Material, Zeit, Arbeit, erzielt edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes, glänzende Oberflächen, Rissigkeiten der Polturdecke, weiße Flecke, sowie Einschlagen der Poltur.

Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Poltur verwendet.

Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritzfähiges Polierpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.

**Ich versende zum Versuch ein Körbchen enthaltend:**

- 1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren
- 1 Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren
- 1 Patent-Politur zum Reinpulieren
- 1 allerfeinsten Poltur-Glanzlack, blond, zum Ausleihen von Kellereisen usw.
- 1 allerfeinsten Kristall-Glanzlack, blond (Stuhlack, Drechsler-, Bildhauerlack)
- 1 Schleif- und Polieröl, gelblich
- 1 Dose Polierpulver, feinstes Marmor-Mono
- 1 Polierpulver, gemischte Qualität Marmor-Mono
- 1 Bimstein-Polierpulver, hellnussbraun
- 1 Tube Inkrustationskit (Holzkitt), blond, zum Auskitzen schadhafter Holzstellen
- 1 Stück Korkschleifklotz, 120x75x30 mm

zum Ausnahmepreis von 8 Mark franko inkl. Emballage gegen Nachnahme.

Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat. Bei Bestellungen genügt die Angabe: **1 Postkollo** zum Versuchspolieren à 8 Mark.

Über das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattsprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel. Empfohlen und genehmigt von Prof. Dr. Mellmann-Berlin, Prof. Dr. Oskar Lenekow-Berlin, Prof. Ch. Herm. Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andes-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor J. Gossmann-München. Preis Mk. 1.50. Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet.

**Werkstattplauderei.** Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelt die konstruktiven Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern à 3 Mark.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Geseh. u. b. H. in Berlin. Druck: A. W. H. Buchdruckerei und Verlagsanstalt Berlin SW. 68.